

Ein christlich-nationaler Politiker zwischen Sammlung und Abgrenzung: Adam Stegerwald und die große Koalition in den Anfangsjahren der Weimarer Republik

Von Bernhard Forster

»Grundsätzlich kann es in dem Verhältnis zwischen dem Unternehmertum und den Arbeitern auch nur zweierlei geben: entweder Klassenkampf von unten und oben oder verstärkte Friedensbereitschaft in beiden Lagern. Alles andere ist Halbheit und bringt nur Verwirrung und Unsicherheit in beide Lager. Man redet seit vielen Wochen von einer großen Koalition in Deutschland. Große Koalition nach der politischen Seite hat nur einen Sinn, wenn auch nach der wirtschaftlichen Seite der Weg zur beiderseitigen Verständigungsbereitschaft resolut betreten wird. ... Wenn aber die Verständigungsbereitschaft auf wirtschaftlichem Gebiete meinerwegen einstweilen nur für einige Jahre nicht zur Tat wird, dann schlagen wir praktisch wirtschaftlich das wieder entzwei, was wir politisch aufzubauen suchen.«¹ Mit diesen Worten forderte Adam Stegerwald, Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und des »Deutschen Gewerkschaftsbundes« (DGB), namens der zu dieser Zeit von ihm kommissarisch geleiteten Zentrumsfraktion des Reichstags am 12. November 1928 die Parteien zur Bildung der großen Koalition von Zentrum, SPD, DDP und DVP auf, die von einem grundlegenden Einvernehmen zwischen den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften flankiert sein sollte. Bezweckte der Appell Stegerwalds konkret die Beilegung des zu dieser Zeit die Grundfesten des Weimarer Sozialstaates erschütternden »Ruhreisenstreits«,² so umschrieb er damit gleichzeitig sein von jeher verfochtenes Ideal von einem am übergeordneten Gemeinwohl orientierten Ausgleich der widerstreitenden Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen, der sowohl in der Regelung der Arbeitsbeziehungen als auch in einer breiten Sammlung der politischen Kräfte zum Tragen kommen sollte und den herbeizuführen Stegerwald aufgrund seiner Doppelfunktion als Arbeiterführer und als Spitzenpolitiker der Deutschen Zentrumspartei zu seiner persönlichen Aufgabe machte. Während diese Bemühungen Stegerwalds für

1 Verhandlungen des Reichstags 4. WP, 1928, Bd. 423, S. 269.

2 Zum Ruhreisenstreit Johannes BÄHR, *Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik. Tarifpolitik, Korporatismus und industrieller Konflikt zwischen Inflation und Deflation 1919–1932*, Berlin 1989, S. 250–286.

die Endphase der Weimarer Republik, vor allem für seine Zeit als Verkehrsminister in der großen Koalition unter dem SPD-Vorsitzenden Hermann Müller 1929/30 und als Arbeitsminister im Präsidialkabinett unter Heinrich Brüning (1930/32), bereits frühzeitig dokumentiert wurden,³ blieb das von der Forschung gezeichnete Bild von Stegerwalds Rolle in den Anfangsjahren der Weimarer Republik ungleich blasser. Seine selbst gewählte Mittlerposition zwischen den politischen Lagern wurde zwar grundsätzlich zutreffend erkannt und dargestellt, weniger aber, welche Konsequenzen er daraus im politischen Alltag zog.⁴ Dies betrifft gerade seinen Einsatz für die große Koalition zwischen 1920 und 1923, der sich nur schwer mit dem häufig gezeichneten Zerrbild von Stegerwald als einem strammen Verfechter einer Anbindung des Zentrums an die Rechts-Parteien DNVP und DVP verträgt. Auch der eminente Einfluss, den er auf die Regierungsbildungen im Reich und in Preußen ausübte und der dazu führte, dass er gerade in diesen Jahren wiederholt als Kandidat für höchste Staatsämter genannt wurde, blieb zumeist eine Randnotiz,⁵ selbst in den – ansonsten ergiebigen – Darstellungen zur Geschichte der Christlichen Gewerkschaften.⁶ Schließlich deuten auch die älteren Stegerwald-Biographien

3 Karl Dietrich BRACHER, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, 5. Aufl. Düsseldorf 1984; Werner CONZE, *Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929–1933*, in: Werner CONZE/Hans RAUPACH (Hg.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33*, Stuttgart 1967, S. 176–252; Rudolf MORSEY: *Die Deutsche Zentrumspartei*, in: Erich MATTHIAS/Rudolf MORSEY (Hg.), *Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente*, Düsseldorf 1984, S. 281–453; Heinrich August WINKLER, *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Berlin 1985; DERS., *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933*, Berlin 1987.

4 Vgl. Karl-Egon LÖNNE, *Germany*, in: Tom BUCHANAN/Martin CONWAY (Hg.), *Political Catholicism in Europe, 1918–1965*, Oxford 1996, S. 156–186, besonders S. 162ff.

5 Helga GREBING, *Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918–1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Zentrums in der Weimarer Republik*, [Berlin] 1952; Arthur ROSENBERG, *Geschichte der Weimarer Republik*. Frankfurt/M. 1961; Hagen SCHULZE: *Weimar. Deutschland 1917–1933*, 4. Aufl. Berlin 1994; Heinrich August WINKLER, *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993; Detlef LEHNERT, *Die Weimarer Republik. Parteienstaat und Massengesellschaft*, Stuttgart 1999. Klarer artikuliert wurde die Schlüsselstellung Stegerwalds zunächst bei Rudolf MORSEY, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 32), Düsseldorf 1966; Hans MOMMSEN, *Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918–1933* (Propyläen Geschichte Deutschlands, 8), Berlin 1989; Karsten RUPPERT, *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 96), Düsseldorf 1992.

6 Eric Dorn BROSE, *Christian Labor and the Politics of Frustration in Imperial Germany*, Washington 1985; William L. PATCH Jr., *Christian Trade Unions in the Weimar Republic, 1918–1933. The Failure of »Corporate Pluralism«*, New Haven 1985; Michael SCHNEIDER, *Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933*, Bonn 1982; ideologisch voreingenommen: Hartmut RÖDER, *Der christlich-nationale Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)*

aufgrund ihrer dürftigen Quellengrundlage die herausragende Rolle, die ihm in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zukam, allenfalls an.⁷

Diese Desiderata konnten mittlerweile weitgehend ausgeräumt werden,⁸ vor allem durch eine detaillierte Auswertung der zugänglichen unveröffentlichten Quellen – an erster Stelle des Nachlasses Stegerwalds⁹ – und der umfangreichen Quellenpublikationen zur Weimarer Republik. Als von großer Aussagekraft erwies sich die systematische Durchsicht der Publizistik der christlichen Arbeiterbewegung, neben dem »Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands« vor allem das von Stegerwald 1920 gegründete Organ des DGB: »Der Deutsche. Tageszeitung für deutsche Volksgemeinschaft«, das als einzige gewerkschaftliche Tageszeitung vor 1933 Stegerwalds wichtigstes Sprachrohr war und überhaupt zu den bestinformierten Blättern der Reichshauptstadt zählte.¹⁰ Dabei wird deutlich, dass Stegerwald nach 1919 keineswegs zielstrebig auf den Ausschluss der SPD und der Freien Gewerkschaften von den Schnittstellen der Macht hinarbeitete, sondern im Gegenteil eine Sammlung aller politischen Kräfte auf der Grundlage der Weimarer Reichsverfassung erstrebte. Dafür warf er seine Schlüsselstellung zwischen den politischen Lagern in die Waagschale und versuchte – auf der Grundlage eines bereits während des Ersten Weltkriegs und der Revolution bewährten Pragmatismus –, Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf einen Nenner zu bringen und dadurch die von ihm erstrebte »Volksgemeinschaft« zu begründen. Dabei war er bereit, die Christlichen Gewerkschaften angesichts der dramatischen Wirtschafts- und Staatskrise nach 1919 auf die Hinnahme drastischer Einschnitte einzuschwören und auf die Durchsetzung isolierter Standesinteressen zu verzichten. Auch wenn dies Stegerwald nicht immer gelang, mag hierin über das allgemeine historische Interesse hinaus eine aktuell bedeutsame Lehre aus sei-

im politisch-ökonomischen Kräftefeld der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Funktion und Praxis der bürgerlichen Arbeiterbewegung vom Kaiserreich bis zur faschistischen Diktatur, Frankfurt/M. 1986; unzureichend auch Heinrich August WINKLER, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, 2. Aufl. Berlin 1985, S. 280ff., 428ff.

- 7 Apologetisch: Helmut J. SCHORR, *Adam Stegerwald. Gewerkschaftler und Politiker der ersten deutschen Republik*, Recklinghausen 1966; differenzierter: Josef DEUTZ, *Adam Stegerwald. Gewerkschafter – Politiker – Minister 1874–1945. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland*, Köln 1952; lediglich anekdotenhaft: Ludwig ALTENHÖFER, *Stegerwald. Ein Leben für den kleinen Mann. Die Adam-Stegerwald-Story*, Bad Kissingen 1965.
- 8 Vgl. meine Dissertation: *Adam Stegerwald 1874–1945. Christlich-nationaler Gewerkschafter – Zentrumspolitiker – Mitbegründer der Unionsparteien* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 41), Düsseldorf 2003.
- 9 Nachlass Stegerwald: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Sankt Augustin, 01-206.
- 10 Rudolf MORSEY, *Zur Gründung der Tageszeitung »Der Deutsche«*, in: *Publizistik 17* (1972), S. 351–358; Hermann ULLMANN, *Publizist in der Zeitenwende*, München 1956.

nem Leben liegen – zumal in einer Zeit, in der weite Teile der regierenden politischen Elite Deutschlands aus Furcht vor den auf sie einstürmenden organisierten Einzelinteressen davor zurückzuschrecken scheinen, den seit Jahren parteiübergreifend beklagten Reformstau aufzulösen.¹¹

Ideologische Abgrenzung und praktische Zusammenarbeit in Weltkrieg und Revolution

Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit über ideologisch-weltanschauliche Grenzen hinweg gehörte zum ideellen Grundbestand der Christlichen Gewerkschaften. Stegerwald, 1874 in Greußenheim bei Würzburg geboren, war 1899 maßgeblich an ihrer Gründung beteiligt, fungierte bis 1903 als Vorsitzender des Christlichen Holzarbeiterverbandes in München, dann übte er bis 1919 das Amt des Generalsekretärs des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Köln aus und wurde 1920 zum Vorsitzenden gewählt. Unter seinem Einfluss waren die Christlichen Gewerkschaften von bescheidensten Anfängen zur zweitstärksten Arbeiterorganisation nach den eng mit der SPD verflochtenen Freien Gewerkschaften und vor den liberalen, 1868 gegründeten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen aufgestiegen. 1903, als Stegerwald sein Amt als Generalsekretär antrat, waren insgesamt 91.440 Arbeiter den Christlichen Gewerkschaften zuzurechnen, seinen höchsten Mitgliederstand vor 1914 erreichte der Gesamtverband 1912 mit 350.930 Arbeitern in 24 Zentralverbänden, und nach einem Einbruch während des Ersten Weltkriegs zählten sie 1920 über 1,1 Millionen Mitglieder. Um das erdrückende Übergewicht der Freien Gewerkschaften mit ihren – im Jahr 1912 – rund 2,6 Millionen Mitgliedern (1920: 7,3)¹² auszugleichen, setzte sich Stegerwald 1903 für die Zusammenfassung der gesamten nicht-sozialistischen Arbeiterschaft im »Deutschen Arbeiterkongress« bzw. in der »christlich-nationalen Arbeiterbewegung« ein, die neben den Christlichen Gewerkschaften die katholischen und die protestantischen Arbeitervereine sowie den nationalistisch-antisemitischen, der Christlichsozialen Partei des Berliner Hofpredigers Adolf Stoecker nahestehenden »Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband« umfasste und bei ihrem ersten Zusammentreffen 1903 in Frankfurt am Main rund 600.000 Arbeiter repräsentierte. Die Einbeziehung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine wurde anfangs von deren Führungsgremien abgelehnt, später dann von Stegerwald nicht mehr weiterverfolgt.¹³ Spätestens ab 1912 identi-

11 Vgl. Anton RAUSCHER, *Fehlt uns die Kraft zu Reformen?* (Kirche und Gesellschaft, 299), Mönchengladbach 2003.

12 M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 107–149, 452, 768–771.

13 E. D. BROSE (wie Anm. 6), S. 181–251; H. RODER (wie Anm. 6), S. 19–183; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 236–253.

fizierten sich die Christlichen Gewerkschaften vorbehaltlos mit ihrem Generalsekretär, dem es mit seinem unnachgiebigen Einsatz für das in ihnen verwirklichte interkonfessionelle Prinzip im Verlauf des »Gewerkschaftsstreits« innerhalb des deutschen Katholizismus gelungen war, die Autonomie der Gewerkschaften gegenüber kirchlicher Einflussnahme zu verteidigen.¹⁴

Stegerwald war von Anfang an auch an der programmatischen Konsolidierung der Christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Arbeiterkongresses maßgeblich beteiligt. So hatte er bereits 1899 an den »Mainzer Leitsätzen« mitgearbeitet, die mit ihrem Bekenntnis zur Kooperation der Arbeiter beider Konfessionen und zur parteipolitischen Neutralität sowie mit ihren an der katholischen Soziallehre orientierten Aussagen zur Sozialreform und zur subsidiären Selbsthilfe der Arbeiter bis 1933 im Prinzip unverändert in Kraft blieben.¹⁵ Die Christlichen Gewerkschaften lehnten sowohl einen das Individuum überbetonenden Liberalismus und Kapitalismus als auch den sozialistischen Klassenkampf ab, wie er von der SPD und den Freien Gewerkschaften vertreten wurde. An die Stelle dieser beiden Extrempole setzte Stegerwald – abermals im Einklang mit der katholischen Soziallehre, wie er sie um die Jahrhundertwende im katholischen Gesellen- und im Arbeiterverein, besonders aber durch den 1890 gegründeten »Volksverein für das katholische Deutschland« kennengelernt hatte – das Ideal eines Ausgleichs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der sich in dem auf gegenseitiger Anerkennung und Gleichberechtigung gründenden Tarifvertrag konkretisierte. Den Christlichen Gewerkschaften wies Stegerwald die Aufgabe zu, als Brücke zwischen den Tarifparteien zu fungieren und dadurch jenen gesamtgesellschaftlichen Interessenausgleich herbeizuführen, den er als wichtigstes Ziel einer von christlichen Prinzipien motivierten Sozialreform innerhalb einer auf Privateigentum und individueller Freiheit beruhenden, aber dem Gemeinwohl verpflichteten, sozialpartnerschaftlichen Wirtschaftsverfassung verstand.¹⁶ Diese Mittlerposition implizierte zweierlei: einerseits die scharfe ideologische Abgrenzung

14 Rudolf BRACK, *Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900–1914*, Köln 1976; E. D. BROSE (wie Anm. 6), S. 253–284; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 172–211; Franz Josef STEGMANN/Peter LANGHORST, *Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus*, in: Helga GREBING (Hg.), *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik* (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, A 13), Essen 2000, S. 694–700.

15 Michael GASTEIGER, *Die christliche Arbeiterbewegung in Süddeutschland. Eine geschichtliche Darstellung*, München 1908; die »Mainzer Leitsätze« u. a. in: *Geschichte und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands nebst Protokoll des III. christlichen Gewerkschafts-Kongresses zu Krefeld*, Mönchengladbach 1901, S. 10ff.; zum Programm der Christlichen Gewerkschaften M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 150–270.

16 Dies wurde von Stegerwald in zahlreichen Schriften detailliert erläutert. Siehe exemplarisch A. STEGERWALD, *Gewerkschaftliche Arbeit. Die christliche Arbeiterbewegung. Skizze*, o. O. [1905]; DERS., *Die jüngsten gewerkschaftlichen Kämpfe. Vortrag Stegerwalds ... in Es-*

von den übrigen Richtungsgewerkschaften und den Arbeitgebern sowie andererseits die an übergeordneten Zielen orientierte Bereitschaft zur Zusammenarbeit ungeachtet der weltanschaulichen Trennlinien. Fanden die Christlichen und die Freien Gewerkschaften – insbesondere auf betrieblicher Ebene, weniger auf der Ebene der Spitzengremien – wiederholt zu einer gemeinsamen Basis, so bestanden unüberwindliche weltanschauliche Gräben außer in Grundfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik vor allem in der Bewertung des Christentums als Ausgangspunkt für das staatliche Zusammenleben sowie in der Haltung zum Pazifismus und zur Kolonialpolitik,¹⁷ schließlich in der Stellung zur Monarchie, die für Stegerwald nicht nur die »zweckmäßigste Staatsform«, sondern vielmehr »ein Stück Weltanschauung« war, wie er 1917 formulierte.¹⁸

Zu einer engeren Zusammenarbeit der Christlichen mit den Freien Gewerkschaften kam es erst im Zeichen des »nationalen Burgfriedens« nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914. Erster Höhepunkt dieses Aneinanderrückens war ihre Mitwirkung am Gesetz über den »Vaterländischen Hilfsdienst« vom 2. Dezember 1916, das alle nicht einberufenen Männer vom 17. bis 60. Lebensjahr zur Arbeit in kriegswichtigen Betrieben und Institutionen verpflichtete. Als Kompensation für diese massive Beschneidung der persönlichen Freiheit sah das Gesetz die Einrichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in den Hilfsdienstbetrieben mit mindestens 50 Beschäf-

sen am 14. Juli 1907, Essen 1907; zum Tarifgedanken M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 272–281. Vgl. auch Stegerwalds Rede am 23. August 1903 in Köln, *Kölnische Volkszeitung* (KV) Nr. 709, 24. August 1903; zur katholischen Soziallehre Lothar ROOS, *Kapitalismus, Sozialreform, Sozialpolitik*, in: Anton RAUSCHER (Hg.), *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963*, Bd. 2, München 1982, S. 52–158; F. J. STEGMANN/P. LANGHORST (wie Anm. 14), S. 599–712 (mit weiteren Literaturangaben).

17 Dies zeigte sich vor allem bei der Reichsfinanzreform 1909 und im Verlauf der sog. »Marokko-Krise« 1911; Stegerwald am 14. Oktober 1909 bei einer Rede zum Thema »Reichsfinanzreform und christliche Arbeiterschaft« in Aachen, KV Nr. 878, 17. Oktober 1909; ähnlich beim Kongress der Christlichen Gewerkschaften am 18. Juli 1909 in Köln, *Protokoll der Verhandlungen des VII. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands*, Köln 1909, S. 38f., 79ff.; »Christlich-nationale Arbeiterbewegung und Massenstreiks«, in: *Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands* (ZBL), 18. September 1911. Zur Reichsfinanzreform E. D. BROSE (wie Anm. 6), S. 287–293; Ellen Lovell EVANS, *The German Center Party 1870–1933. A Study in Political Catholicism*, Carbondale/Edwardsville 1981, S. 263ff.; Ernst Rudolf HUBER, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 4: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969, S. 315ff.; Wilfried LOTH, *Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 75), Düsseldorf 1984, S. 166–180. Zur Marokko-Krise Klaus HILDEBRAND, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945*, Stuttgart 1995, S. 260–269.

18 *Bericht über die Verhandlungen des vierten Deutschen Arbeiter-Kongresses*, Köln 1918, S. 13.

tigten sowie paritätische Schlichtungsausschüsse von Arbeitgebern und Gewerkschaften für die Regelung von Konflikten bei der Durchführung des Gesetzes sowie bei Tarifstreitigkeiten vor und damit erstmals Elemente gesetzlich garantierter betrieblicher Mitbestimmung. Außerdem wurden die Gewerkschaften insgesamt als alleinige Vertretung der gesamten Arbeiterschaft anerkannt.¹⁹ Auch wenn Stegerwald hoffte, die im Zusammenhang mit dem Hilfsdienstgesetz praktizierte enge Kooperation der Richtungsgewerkschaften als Basis für die Überwindung der sozialen Trennlinien innerhalb der Gesellschaft in die Nachkriegszeit hinüberzuretten,²⁰ leitete er gleichzeitig Maßnahmen in die Wege, um das Profil der Christlichen gegenüber den Freien Gewerkschaften zu schärfen. Im Dezember 1915 erschien die erste Nummer des mit »Deutsche Arbeit« überschriebenen Organs der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, in dem über konkrete sozialpolitische Fragen hinaus die weltanschauliche Position der christlichen Arbeiter zur Diskussion gestellt wurde – und das durchweg in Abgrenzung zur SPD und den Freien Gewerkschaften. Dem war auch das Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung verschrieben, das Stegerwald gemeinsam mit dem Straßburger Historiker Martin Spahn und dem Leiter des Bildungswesens der Christlichen Gewerkschaften, dem Nationalökonom und Schriftleiter der »Deutschen Arbeit«, Theodor Brauer, verfasste und das im September 1916 in einem ersten Entwurf veröffentlicht wurde.²¹ Denn ungeachtet der praktisch orientierten Zusammenarbeit im Rahmen des Burgfriedens bestanden die weltanschaulichen Gegensätze zwischen den Christlichen und den Freien Gewerkschaften unverändert fort. So war der Ende 1917 von der »Gesellschaft für soziale Reform« initiierte

19 Hans-Joachim BIEBER, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920* (2 Bde.), Hamburg 1981, S. 296–328; Gerald D. FELDMAN, *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918*, Berlin 1985, S. 135ff.; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 398, 431ff.; Klaus SCHÖNHOFEN, *Die Gewerkschaften als Massenbewegung im Wilhelminischen Kaiserreich 1890–1918*, in: Ulrich BOSDORF (Hg.), *Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945*, Köln 1987, S. 257–262; F.-J. STEGMANN/P. LANGHORST (wie Anm. 14), S. 707–711.

20 Stegerwald bei einer Kundgebung der drei Richtungsgewerkschaften am 12. Dezember 1916 in Berlin, in: *Die Gewerkschaften in Krieg und Revolution 1914–1919*, bearb. v. Klaus SCHÖNHOFEN (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, 1), Köln 1985, S. 294–298.

21 Stegerwald an M. Spahn am 31. August 1916, Bundesarchiv Koblenz (BAK) NL Spahn 19; das Programm der christlich nationalen Arbeiterbewegung in: *Westdeutsche Arbeiterzeitung*, 24. September 1916. Vgl. H.-J. BIEBER (wie Anm. 19), S. 73–85; G. D. FELDMAN (wie Anm. 19), S. 39f.; E. D. BROSE (wie Anm. 6), S. 333ff.; Ursula RATZ, *Zwischen Arbeitsgemeinschaft und Koalition. Bürgerliche Sozialreformer und Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg*, München 1994, S. 131ff., 146ff.; Thomas NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2: *Machtstaat vor Demokratie*, 2. Aufl. München 1993, S. 691ff., 780–783; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 398–403; K. SCHÖNHOFEN (wie Anm. 19) S. 263–267.

und von den Arbeiterführern Stegerwald und Johannes Giesberts (Christliche Gewerkschaften), Gustav Bauer, Carl Legien und Otto Hué (Freie Gewerkschaften) und Gustav Hartmann (Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine) mitbegründete »Volksbund für Freiheit und Vaterland« allein von dem gemeinsamen Bestreben geeint, eine Radikalisierung im Reich nach der umstrittenen Friedensresolution des Reichstags vom Juli 1917 und nach der Gründung der annexionistischen »Deutschen Vaterlandspartei« zu verhindern und innenpolitische Reformen wie die Aufhebung des preußischen Dreiklassenwahlrechts noch während des Krieges auf den Weg zu bringen. In Streitfragen wie den Friedenszielen, der Parlamentarisierung oder gar der Monarchie fanden die Richtungsgewerkschaften – personifiziert in Stegerwald und Bauer – jedoch zu keiner gemeinsamen Linie.²² Die Grenzen der Zusammenarbeit wurden schließlich auch evident, als der Nationalökonom Lujo Brentano, bei dem Stegerwald zwischen 1900 und 1902 an der Universität München Vorlesungen gehört hatte, ein Tarifvertragsrecht vorschlug, das die für einen Betrieb oder einen eng umgrenzten Bezirk frei ausgehandelten Tarifverträge für die gesamte Branche verbindlich erklären sollte. Da die von den Gewerkschaften beschickten Tarifkommissionen nach dem Proportionalwahlrecht gebildet werden sollten und damit die Christlichen von den Freien Gewerkschaften wohl permanent majorisiert worden wären, wurde die Initiative von Stegerwald abgelehnt, was letztlich zum Scheitern des Projektes führte.²³

Obwohl Stegerwald sich noch im Oktober 1918 in einem programmatischen Artikel in der »Deutschen Arbeit« zu einem sozial orientierten, konstitutionell-monarchisch verfassten »Volkskaisertum« bekannt und für die Christlichen Gewerkschaften formuliert hatte: »Wir bleiben Monarchisten auch in der Zukunft«,²⁴ verpflichtete er nach der Abdankung Wilhelms II. am 9. November die christlichen Arbeiter darauf, den Umsturz als gegebene Tatsache anzuerkennen und mit den neuen Machthabern, den Arbeiter- und Soldatenräten, zusammenzuarbeiten, um eine weitere innenpolitische Eskalation und die für den Fall eines Bürgerkriegs im Reich wahrscheinliche wirtschafts- und ernährungspolitische Katastrophe zu verhindern. Mit der punktuellen Kooperation mit dem »Rat der Volksbeauftragten«, der provisorischen Regierung von SPD und USPD unter Friedrich Ebert (SPD), bezweckte er zudem die baldige Einberufung der verfassungsgebenden Nationalversammlung und damit das Ende

22 Exemplarisch: Bauer an Stegerwald am 7. November 1917 und Stegerwald an Bauer am 8. November 1917, Bundesarchiv Berlin (BAB), Volksbund für Freiheit und Vaterland 6 Bl. 141–144. Vgl. Herbert GOTTWALD, *Volksbund für Freiheit und Vaterland (VfFV)*, in: Dieter FRICKE u. a. (Hg.), *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*, Bd. 4, Köln 1986, S. 414–419.

23 U. RATZ (wie Anm. 21), S. 347–358.

24 A. STEGERWALD, *Das Alte stürzt!*, in: *Deutsche Arbeit* 3 (1918), S. 481–497.

des von der extremen Linken wie dem Spartakusbund unter Karl Liebknecht verfochtenen Rätemodellens sowjetischer Prägung mit seiner geringen demokratischen Legitimation. Die Entscheidung des Rätekongresses vom 19. Dezember 1918, am 19. Januar 1919 Wahlen zur Nationalversammlung abzuhalten, war daher ein entscheidender Etappensieg für Stegerwald.²⁵ Eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilisierung der Lage war die als »Stinnes-Legien-Abkommen« bekannte Vereinbarung über die »Zentralarbeitsgemeinschaft« von Arbeitgebern und Gewerkschaften vom 12. November 1918, an deren Vorbereitung er maßgeblich mitgearbeitet hatte. In dem Abkommen verzichteten die Richtungsgewerkschaften auf sofortige Sozialisierungen, wurden dafür aber erstmals von den Arbeitgebern als »berufene Vertreter« der Arbeiterschaft anerkannt. Neben Sofortmaßnahmen für die Zeit der Demobilisierung enthielt das Abkommen Bestimmungen, die Stegerwald als eine Bestätigung des von ihm verfochtenen Ideals der institutionalisierten, vom Staat geschützten, von diesem aber unabhängigen Zusammenarbeit der Tarifparteien wertete: So verpflichteten sich die Unternehmer zu Verhandlungen über Branchentarifverträge sowie zur Einrichtung von »Arbeiterrausschüssen« in Betrieben über 50 Mitarbeiter und erklärten ihre Bereitschaft, in von den Tarifparteien gemeinsam getragenen »Arbeitsnachweisen« an der Stellenvermittlung mitzuwirken. Schließlich gestanden die Unternehmer den Achtstundentag bei vollem Lohnausgleich zu.²⁶ Auf die Abwehr des revolutionären Radikalismus zielte auch die von Stegerwald betriebene Gründung des »Deutsch-Demokratischen Gewerkschaftsbundes« (DDGB) am 13. November 1918, dem neben den Christlichen Gewerkschaften die – 1919 wieder ausgetretenen – Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, eine Reihe von kleineren Arbeiter- und Angestelltenverbänden sowie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband angehörten. Über eine Million Arbeiter und Angestellte waren in der Organisation zusammengefasst, aus der die konfessionellen Arbeitervereine von vornherein ausgeschlossen waren und die sich 1919 in »Deutscher Gewerkschaftsbund« (DGB) umbenannte. Einigendes Band des DGB, zu dessen Vorsitzenden Stegerwald im Dezember 1918 gewählt wurde, war neben sozialpolitischen Forderungen die Gegnerschaft zu den Spartakisten und zur Rätebewegung. Ganz in diesem Sinne bezweckte Stegerwald mit der Grün-

25 Stegerwald an die Einzelverbandsvorstände der Christlichen Gewerkschaften am 30. November 1918, BAB NL Giesberts 94 Bl. 16–21; A. STEGERWALD, *Unsere Not und unsere Rettung*, Berlin 1919, S. 9–14.

26 H.-J. BIEBER (wie Anm. 19), S. 608–619; Gerald D. FELDMAN, *German Business between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement*, in: *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag*, hg. v. Gerhard A. RITTER, Berlin 1970, S. 336ff.; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 504–507.

derung des DDGB die Unterstützung der revisionistischen MSPD und der Freien Gewerkschaften gegen die USPD und die Spartakisten.²⁷

Während der Revolution erlangte Stegerwald als Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaften und des DDGB mit ihrem engmaschigen Organisationsnetz eine zentrale Schlüsselstellung zwischen den verschiedenen politischen Lagern. So stand er in engem Kontakt sowohl mit Wirtschaftsführern wie Walther Rathenau, Gustav Stresemann und Hjalmar Schacht als auch mit den Spitzenvertretern der SPD und der Freien Gewerkschaften um Carl Legien, Theodor Leipart, Friedrich Ebert und Otto Wels. Enge Verbindungen unterhielt er auch zu den im November/Dezember 1918 gegründeten bürgerlichen Parteien DVP und DNVP, denen eine Reihe führender christlicher Gewerkschafter wie Franz Behrens, Hans Bechly, Friedrich Baltrusch, Georg Streiter und Wilhelm Gutsche beigetreten waren, nachdem Stegerwalds Versuch gescheitert war, das Zentrum und die christlich-sozialen Flügel der untergegangenen Parteien zu einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei zu vereinigen. Obwohl er es bislang mit Rücksicht auf die parteipolitische Neutralität der Christlichen Gewerkschaften mehrfach abgelehnt hatte, direkte politische Verantwortung zu übernehmen, und er auch in seiner Partei – außer einem Sitz im Provinzialausschuss des Rheinischen Zentrums (seit 1905) und seit Juli 1918 im Reichsausschuss – keine Spitzenfunktion innehatte, war er in der Umbruchsituation von 1918/19 schließlich dazu bereit, sowohl in der Weimarer Nationalversammlung als auch in der Preußischen Landesversammlung Mandate zu übernehmen. In beiden Fraktionen kam Stegerwald wegen seiner Querverbindungen über Parteigrenzen hinweg, vor allem aber wegen seiner unangefochtenen Position in den Christlichen Gewerkschaften und im DGB, die in beiden Parlamenten eine erhebliche Anzahl von Abgeordneten stellten, von Anfang an eine Spitzenstellung zu, auch wenn seine Wahl zum dritten stellvertretenden Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums wegen seiner Parteigründungspläne während der Revolution vorerst scheiterte. Hohe Achtung genoss er zu dieser Zeit gerade bei den Mehrheitssozialdemokraten, die ihm im Verlauf der Regierungsbildung in Weimar wahlweise das Postministerium, das Ernährungsministerium oder den Posten eines Staatssekretärs in dem von Gustav Bauer (SPD) geleiteten Reichsarbeitsministerium anboten, was er allerdings wegen seiner Stellung in den Christlichen Gewerkschaften und wegen seiner Pläne, vom DDGB aus die Umstrukturierung des bürgerlichen Parteiwesens weiterhin voranzutreiben, ablehnte. Auch die Anregung,

27 Stegerwald an die Einzelverbandsvorstände der Christlichen Gewerkschaften am 30. November 1918, BAB NL Giesberts 94 Bl. 16–21; A. STEGERWALD, *Aus meinem Leben*, Berlin 1924, S. 13f.; »Deutsch-Demokratischer Gewerkschaftsbund«, in: ZBL, 2. Dezember 1918; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 366, 453, 486ff.; H. RODER (wie Anm. 6), S. 235f.

Stegerwald das Amt des Volkswohlfahrtsministers in der am 25. März 1919 unter dem SPD-Politiker Paul Hirsch auf der Grundlage der »Weimarer Koalition« von SPD, Zentrum und DDP gebildeten preußischen Regierung anzubieten, ging von der SPD aus, die ihn aber nur durch einen eindringlichen Appell an sein Verantwortungsbewusstsein dazu brachte, von seiner bisherigen politischen Zurückhaltung Abstand zu nehmen.²⁸

Von der »Volksgemeinschaft« zur großen Koalition in Preußen und im Reich

Stegerwalds gesellschaftliches Leitbild während der Weimarer Republik war die überparteiliche, am christlichen Familienverständnis ausgerichtete, von sachorientiertem Aufbauwillen getragene »Volksgemeinschaft« aller gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen auf der Grundlage der Reichsverfassung. Mit dem Postulat der Volksgemeinschaft, das Stegerwald unter dieser Bezeichnung erstmals 1916 in einem Artikel über die künftige Rolle der Arbeiterschaft im Nachkriegsdeutschland erhob,²⁹ griff er auf ein Gedankengut zurück, das in den Anfangsjahren der Weimarer Republik von nahezu sämtlichen politischen Richtungen von der DNVP bis hinein in den gemäßigten Flügel der SPD, also von den Kräften des Burgfriedens des Ersten Weltkriegs artikuliert wurde, besonders großen Widerhall aber in den Organisationen des politischen und sozialen Katholizismus wie dem »Volkverein« fand. Während die beiden führenden Theoretiker des Volkvereins, Anton Heinen und August Pieper, den Begriff eher als eine allgemein ethische, religiös-sittlich motivierte Maxime verwendeten, versuchte Stegerwald, der wie kaum ein anderer Politiker zur Verbreitung dieser Idee beitrug, konkrete politische Schlussfolgerungen daraus zu ziehen und das Ideal der »von christlichem Geist getragenen Volksgemeinschaft« – so Stegerwald im Juli 1921 – zur politischen Handlungskategorie auszuweiten.³⁰ Die am Burgfrieden orientierte, im Ge-

28 Zu Stegerwalds gescheiterten Parteigründungsplänen vgl. Stegerwald an Becker am 22. November 1918, BAB Volkverein 180 Bl. 21–25; Stegerwald am 14. Juli 1921 im Preußischen Landtag, Sitzungsberichte des Preußischen Landtags 1. WP, Bd. 2, Berlin 1922, Sp. 2779 (SBerPrLt); Larry Eugen JONES, *Adam Stegerwald und die Krise des deutschen Parteiensystems*, in: VfZ 27 (1979), S. 5f.; W. L. PATCH (wie Anm. 6), S. 41; Amrei STUPPERICH, *Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei (1918–1933)*, Göttingen 1982, S. 17–21. Zu Stegerwalds Wahl in den Reichsausschuss des Zentrums im Juli 1918 KV Nr. 517, 3. Juli 1918. Zu seiner gescheiterten Wahl in den Fraktionsvorstand das Protokoll der konstituierenden Fraktions- und Fraktionsvorstandssitzungen vom 5. Februar 1919, BAK NL Erzberger 14. Zu seiner Berufung zum Minister A. STEGERWALD, *Aus meinem Leben* (wie Anm. 27), S. 15.

29 A. STEGERWALD, *Die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland*, in: Friedrich THIMME (Hg.), *Vom inneren Frieden des deutschen Volkes. Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens*. 2. Aufl. Leipzig 1916, S. 320–338.

30 DERS., *Vom Willen zur Volksgemeinschaft*, in: *Das Zentrum*, 15. Juli 1921.

gensatz zur späteren NS-Ideologie kulturell, nicht rassistisch begründete Volksgemeinschaft im Sinne Stegerwalds sollte die landsmannschaftliche, konfessionelle und soziale Zerrissenheit des deutschen Volkes überwinden und die Basis für den Wiederaufstieg des Reiches nach dem Versailler Friedensvertrag von 1919 bilden. Einen Ansatzpunkt dafür sah Stegerwald in der Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918, auf der politischen Ebene verstand er darunter eine breite Koalition von der SPD bis zur DNVP, die sämtliche relevanten Wirtschaftsgruppen von der Industriearbeiterschaft bis hin zur Landwirtschaft und zur Schwerindustrie umfasst hätte.³¹

Entsprechend dem Ideal der Volksgemeinschaft erstrebte Stegerwald während der instabilen ersten Jahre der Weimarer Republik eine möglichst breite Sammlung der politischen Kräfte. Dafür setzte er bewusst seine Verbindungen in die bürgerlichen Parteien, zu den Freien Gewerkschaften und zur SPD ein. Die Christlichen Gewerkschaften und den DGB wiederum nahm er ungeachtet aller Vorbehalte gegen den Weimarer Parlamentarismus in die Pflicht, an der Stabilisierung des neuen Staatswesens als legitimer Ordnungsmacht mitzuwirken. Während Stegerwald als Gewerkschaftsführer demgemäß die kompromissbereite Zusammenarbeit der Tarifparteien in der Zentralarbeitsgemeinschaft propagierte, setzte er sich als Politiker im Reich und in Preußen dafür

31 Zum Volksgemeinschaftsbegriff Stegerwalds exemplarisch seine Rede vor dem Katholischen Deutschen Frauenbund, Oktober 1921 in Berlin: »Wege zur deutschen Volksgemeinschaft«, in: *Der Deutsche* (DD), 6. November 1921; A. STEGERWALD, *Zusammenbruch und Wiederaufbau*, Berlin 1922, besonders S. 21f.; DERS., *Landarbeiterbewegung und Volksgemeinschaft*, in: *Die christlich-nationale Landarbeiterbewegung und die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion als Voraussetzung des deutschen Wiederaufstiegs. Drei Vorträge*, Berlin 1922, S. 6–17; Stegerwald beim Katholikentag 1922 in München, in: *Die Reden, gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München*, Würzburg 1923, S. 75ff.; VERUS [Pseudonym], A. Stegerwald, in: *Deutsche Handels-Warte* 12 (1924), S. 129–134. Zum Volksgemeinschaftsbegriff Alois BAUMGARTNER, *Sehnsucht nach Gemeinschaft. Ideen und Strömungen im Sozialkatholizismus der Weimarer Republik* (Beiträge zur Katholizismusforschung, Abhandlungen), München 1977, S. 39ff.; Gotthard KLEIN, *Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890–1933. Geschichte, Bedeutung, Untergang* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 75), Paderborn 1996, S. 139ff.; Gunther MAI, »Verteidigungskrieg« und »Volksgemeinschaft«. *Staatliche Selbstbehauptung, nationale Solidarität und soziale Befreiung in Deutschland in der Zeit des Ersten Weltkriegs (1900–1925)*, in: *Bericht über die 38. Versammlung deutscher Historiker in Bochum*, Stuttgart 1991, S. 235ff.; Jeffrey VERHEY, *Der »Geist von 1914« und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000, S. 346–355; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 530ff. Zur Rezeption des Begriffs im Zentrum Winfried BECKER, *Staats- und Verfassungsverständnis der christlichen Demokratie von den Anfängen bis 1933*, in: Günther RÜTHER (Hg.), *Geschichte der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Bewegungen in Deutschland*, Teil 1, Bonn 1984, S. 129ff. Zum Unterschied zwischen dem Volksgemeinschaftsbegriff Stegerwalds und dem der Nationalsozialisten Hermann ULLMANN, *Das Essener Programm. November 1920*, in: *Deutsche Rundschau* 76 (1950), S. 897–903.

ein, zu möglichst breiten Regierungsbündnissen zu gelangen, in denen das Zentrum als die ausgleichende Mitte fungieren sollte, selbst wenn es in der gegebenen politischen Konstellation nicht all seine Ziele durchsetzen konnte. Bereits im Februar 1919, bei der ersten Regierungsbildung auf Reichsebene nach dem Umbruch, erklärte er sich trotz anfänglicher Bedenken gegen ein Zusammengehen mit der in seinen Augen für die Revolution mitverantwortlichen Sozialdemokratie mit der »Weimarer Koalition« aus SPD, Zentrum und DDP einverstanden, als deren Grundlage er die zu dieser Zeit verwirklichte Zusammenarbeit der Christlichen und der Freien Gewerkschaften betrachtete.³² Die im Zentrum vorgebrachten kulturpolitischen Bedenken gegen das Bündnis mit der weitgehend atheistischen SPD und der erklärt laizistischen DDP, wie sie auch im Verlauf der Regierungsbildung in Preußen erhoben wurden, wo am 25. März 1919 ebenfalls ein Kabinett der Weimarer Koalition gebildet wurde, zerstreute Stegerwald mit dem Argument, durch die Kooperation mit dem weltanschaulichen Gegner in der Regierung könne das Zentrum Fehlentwicklungen eher verhindern als aus der Opposition heraus – ein Gedankengang, den Stegerwald auch durch seine Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit der SPD und den Freien Gewerkschaften nach 1914 untermauern konnte.³³

Während Stegerwald noch nach dem Kapp-Putsch im März 1920 eine Neuaufgabe der Weimarer Koalition im Reich und in Preußen billigte, die am 27. März sowohl unter dem SPD-Vorsitzenden Hermann Müller im Reich als auch unter dem bisherigen preußischen Landwirtschaftsminister Otto Braun (SPD) in Preußen zustande kam,³⁴ gelangte er mit der zunehmenden innenpolitischen

32 Verhandlungen der Weimarer Nationalversammlung, Sten. Ber., Bd. 326, S. 267.

33 Stegerwald in der Sitzung der Zentrumsfraktion am 21. März 1919, in: *Die Zentrumsfraktion in der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung 1919–1921. Sitzungsprotokolle*, bearb. v. August Hermann LEUGERS-SCHERZBERG und Wilfried LOTH (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien III, 8), Düsseldorf 1994, S. 12f. Zur Regierungsbildung im Reich und in Preußen Herbert HÖMIG, *Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 28), Mainz 1979, S. 39–48; Horst MÖLLER, *Parlamentarismus in Preußen 1919–1932* (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus), Düsseldorf 1985, S. 324–330; R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5), S. 154–179; H. SCHULZE, *Weimar* (wie Anm. 5), S. 182–188. Zur Problematik der Weimarer Koalition Winfried BECKER, *Politischer Katholizismus und Liberalismus vom Kaiserreich zur Bundesrepublik*, in: DERS. (Hg.), *Die Minderheit als Mitte. Die Deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871–1933*, Paderborn 1986, S. 89–110, hier S. 96–101.

34 A. STEGERWALD, *Aus meinem Leben* (wie Anm. 27) S. 15; Stegerwald in den Sitzungen der Zentrumsfraktion vom 24. bis zum 27. März 1920, in: *Zentrumsfraktion* (wie Anm. 33), S. 202–211. Zum Kapp-Putsch und zur Regierungsbildung im Reich und in Preußen H. HÖMIG (wie Anm. 33), S. 85–89; H. MÖLLER (wie Anm. 33), S. 331–339; Dietrich ORLOW, *Preußen und der Kapp-Putsch*, in: VfZ 26 (1978) S. 222ff.

Radikalisierung und der außenpolitischen Isolierung des Reichs zu der Überzeugung, dass für die nachhaltige Gestaltung des Wiederaufbaus die Einbeziehung der rechten Parteien und der hinter diesen stehenden Wirtschaftsgruppen in die Regierungsverantwortung unerlässlich sei. Dieser Gedanke kam letztlich auch in seinem »Essener Programm« zum Tragen, an dem er seit dem Kapp-Putsch mit seinem Fraktionskollegen, dem Arbeitsminister Heinrich Brauns, seinem damaligen persönlichen Referenten, Heinrich Brüning, und Theodor Brauer arbeitete und das er auf dem ersten Nachkriegskongress der Christlichen Gewerkschaften im November 1920 in Essen vorstellte. In seinem Kern zielte das Essener Programm auf den Umbau des – zwar von jeher auch den Protestanten offen stehenden, letztlich aber weitgehend katholisch geprägten – Zentrums zu einer interkonfessionellen, alle Schichten umfassenden, implizit am Selbstverständnis der Christlichen Gewerkschaften angelehnten Volkspartei unter dem Motto »deutsch, christlich, demokratisch, sozial« im Rahmen einer generellen Umstrukturierung des zersplitterten deutschen Parteiensystems. Sie hatte Stegerwald bereits mehrfach in unterschiedlichen Nuancen, regelmäßig aber ohne Erfolg postuliert – so im Zusammenhang mit dem Zentrums- und dem Gewerkschaftsstreit vor 1914, als er eine Öffnung der Partei zu den Protestanten forderte, während des Ersten Weltkriegs, als er auf eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Industriearbeiter im Zentrum drängte, und dann – wie bereits angedeutet – im Herbst 1918, als er gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Windthorstbunde, Eduard Stadtler, und Martin Spahn versuchte, die christlich-sozialen Flügel der bürgerlichen Parteien in einer »christlichen Mittelpartei« zusammenzufassen. Ein neuer Aspekt war 1920, dass Stegerwald seine Überlegungen in ein umfassendes Konzept zur Ergänzung der Weimarer Reichsverfassung um ständische Elemente einbettete und dass der Appell zur Gründung der »Wiederaufbaupartei« außer an die Arbeiterflügel der bürgerlichen Parteien auch – bei aller ideologischen Distanzierung – an den rechten Flügel der SPD und der Freien Gewerkschaften adressiert war – eine Kräftekonstellation, die im Prinzip auch der »Volksgemeinschaft« nahe kam.³⁵

Nach dem Scheitern des Essener Programms bereits Ende 1920 – verantwortlich waren Beharrungstendenzen in den bürgerlichen Parteien, die Furcht der maßgeblichen christlichen Arbeiterführer vor einer Politisierung der Christlichen Gewerkschaften und nicht zuletzt Stegerwalds eigene Unent-

35 A. STEGERWALD, *Deutsche Lebensfragen. Vortrag ... Gehalten auf dem 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 21. November 1920 in Essen*, Köln 1920. Zum Essener Programm L. E. JONES (wie Anm. 28), S. 1–29; R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5), S. 360–378; Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 43), Stuttgart 1981, S. 137–140.

schlossenheit – betrachtete er es als seine wichtigste Aufgabe, die große Koalition von DVP, Zentrum, DDP und SPD im Reich und in Preußen herbeizuführen und als Voraussetzung dafür die Annäherung zwischen den in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch in der Bewertung der Republik divergierenden Flügelparteien SPD und DVP anzubahnen. Die große Koalition in Preußen, wo Stegerwald als Regierungsmitglied größeren Einfluss ausüben konnte als im Reich, war für ihn nicht nur eine logische Schlussfolgerung aus dem Ergebnis der ersten preußischen Landtagswahlen vom 20. Februar 1921, die den bisherigen Regierungsparteien der Weimarer Koalition zwar eine knappe Mehrheit, aber insgesamt massive Stimmenverluste, und der DVP einen Zuwachs um gut zehn Prozent bescherte,³⁶ sondern auch eine Antwort auf die zunehmende innenpolitische Radikalisierung. Darüber hinaus ließen die für das Frühjahr 1921 angesetzte Londoner Konferenz der Alliierten über die endgültige Festlegung der deutschen Reparationsverpflichtungen und die für den 20. März anberaumte Volksabstimmung über den Verbleib Oberschlesiens beim Reich eine breite Regierungsbasis in Form der großen Koalition ratsam scheinen. Deren etwaiges Zustandekommen bezeichnete Stegerwald als den »größten außen- und innenpolitischen Erfolg seit der Revolution. Damit würde der Welt gezeigt, dass die deutsche Republik keine Episode ist, sie vielmehr für längere Zeit als die gegebene Staatsform betrachtet werden muss, dass also in Deutschland in den nächsten Jahren nicht mehr um Monarchie oder Republik gestritten wird, sondern dass die allerbreitesten politischen Kreise entschlossen sind, unter Zurückstellung innerpolitischer Streitfragen sich zu gemeinsamer deutscher Aufbauarbeit zusammenzufinden. Diese Koalition bedeutet aber auch einen großen außenpolitischen Erfolg, da sie sowohl Arbeiterschaft wie Industrie und Großhandel umfasst und damit in starkem Maße die Voraussetzungen geschaffen sind für das Vertrauen in dem deutschen Volksstaat und in der deutschen Wirtschaft [!].«³⁷

Nur um die große Koalition zustande zu bringen, war Stegerwald im März 1921 bereit, sich nochmals in der preußischen Landespolitik zu engagieren, obwohl er nicht mehr für den Landtag kandidiert hatte und er eigentlich bei der kommenden Regierungsbildung auch sein Amt als Volkswohlfahrtsminister niederlegen und sich an der Spitze der Christlichen Gewerkschaften und des DGB ganz der Verwirklichung des Essener Programms widmen wollte. Aufgrund seines Rückhalts in der christlichen Arbeiterbewegung und wegen seiner Verbindungen sowohl zu den bürgerlichen Parteien als auch zur SPD

36 H. HÖMIG (wie Anm. 33), S. 95.

37 Stegerwald an Francisco Mühlenkamp am 8. Oktober 1921, ACDP 01-206-018/8. Zur Oberschlesienfrage ausführlich Guido HITZE, *Carl Ulitzka (1873–1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 40), Düsseldorf 2002, S. 165–490.

bzw. zu den Wirtschaftsverbänden und den Freien Gewerkschaften schien er aber nun prädestiniert, die große Koalition in Preußen herbeizuführen. Als dort nach über vier Wochen dauernden Sondierungen nicht einmal absehbar war, welche Koalition überhaupt erstrebenswert sei, wurde er in der Zentrumsfraktion am 7. April erstmals als möglicher Kandidat genannt, am 8. April wurde er von den Fraktionen von Zentrum, DDP, DVP und DNVP offiziell aufgefordert, das Ministerpräsidentenamt zumindest übergangsweise zu übernehmen. Stadler und Brüning hatten bereits zuvor bei DVP und DNVP in diesem Sinne vorgefühlt, womit sie allerdings die Verdrängung der SPD aus der Regierungsverantwortung beabsichtigten und nicht wie Stegerwald die Erweiterung der bestehenden Weimarer Koalition um die DVP.³⁸ Das allseitige hohe Vertrauen, das Stegerwald genoss, zeigte sich, als er am 8. April mit 332 von 388 Stimmen bei 23 Enthaltungen im Preußischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt wurde.³⁹

Da die Parteien allerdings mit völlig unterschiedlichen Zielen in die Regierungsbildung gingen, bedeutete dieser Vertrauensvorschuss keinen Blankoscheck für Stegerwald. Vor allem die SPD beharrte darauf, dass er sofort zurücktreten müsse, wenn die von ihm gebildete Regierung nicht die Billigung der Sozialdemokraten finden würde – eine Zusicherung, die die Verhandlungsführer des Zentrums der SPD gegeben hatten, von der Stegerwald aber nichts wusste. Dabei war er während der Koalitionsverhandlungen gegenüber der SPD zu großen Konzessionen bereit, indem er ihr nicht nur Schlüsselressorts wie das Innenministerium, ja sogar das Ministerpräsidentenamt selbst anbot, sondern auch erzog, die von der SPD beargwöhnte DVP zunächst nur indirekt über zwei ihr nahestehende Beamte in die Regierung aufzunehmen. Als die DVP diese Lösung als brüskierend ablehnte, standen die Chancen für das von Stegerwald gewünschte Regierungsbündnis denkbar schlecht, zumal sich gleichzeitig die Landtagsfraktion der SPD kategorisch weigerte, mit der noch in weiten Teilen monarchischen DVP in ein Kabinett einzutreten. Die von Stegerwald als Notlösung favorisierte Zwischenlösung, eine Regierung aus Zentrum, DDP und Beamten wurde freilich von der SPD scharf abgelehnt, die nun unter Berufung auf die Zusagen der Zentrums-Verhandlungsführer seinen sofortigen Rücktritt forderte. Da dies für Stegerwald nach den langwierigen Koalitionsverhandlungen nicht in Frage kam, er aber keine Zweifel an der Legitimation seines Kabinetts aufkeimen lassen wollte, stellte er sich auf Vorschlag von Hugo Preuß (DDP) am 21. April erneut dem Landtag, wo er schließlich von Zentrum, DVP, DDP und DNVP mit 227 von 349 Stimmen erneut zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Sein einziger ernst zu neh-

38 Stadler an M. Spahn am 10. März 1921 und an Stegerwald am 24. März 1921, BAK NL Spahn 3.

39 SBerPrLt Bd. 1, Sp. 159f.

mender Gegenkandidat, der bisherige Ministerpräsident Otto Braun, erhielt 100 Stimmen.⁴⁰ Die SPD unterstellte ihm nun – völlig wahrheitswidrig –, er habe von Anfang an den Ausschluss der SPD aus der Regierung und damit die Zurückdrängung der Arbeiter im Staatswesen insgesamt erstrebt,⁴¹ wenig später ließ sie verlauten, es sei »tief bedauerlich, dass diese ganze, auch für das Reich verhängnisvolle Entwicklung der preußischen Dinge gerade mit dem Namen Adam Stegerwalds verknüpft ist, der – bei dem starken sozialen Gefühl und dem ehrlichen demokratischen Empfinden seines Trägers – einst auch in sozialistischen Kreisen einen guten Klang hatte.«⁴² Der »Vorwärts« ignorierte damit nicht nur das aufrichtige Ringen Stegerwalds um die Einbeziehung der SPD in sein Kabinett, sondern unterschlug damit auch, dass er es weiterhin als seine Hauptaufgabe betrachtete, die große Koalition im Reich und in Preußen herbeizuführen. Sowohl in seiner Regierungserklärung am 22. April 1921 als auch während der Haushaltsberatungen am 16. und 17. Juni versuchte er den Faden zur SPD wieder anzuknüpfen und stellte sein Regierungsprogramm vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ausdrücklich in die Kontinuität seiner beiden sozialdemokratischen Vorgänger im Ministerpräsidentenamte, Paul Hirsch und Otto Braun. In diese Richtung wies auch seine Distanzierung von extrem nationalistischen und antirepublikanischen Strömungen innerhalb der DVP, die freilich im selben Atemzug dadurch relativiert wurde, dass er sich mit Rücksicht auf die am rechten Rand des DGB vorhandenen monarchischen Strömungen nicht klar zum Wesen der Weimarer Verfassung bekennen wollte. An seiner Bereitschaft, sofort zurückzutreten, wenn die SPD davon ihre Zustimmung zur großen Koalition abhängig machen sollte, ließ er aber keinen Zweifel.⁴³

Bewegung in die Koalitionsverhandlungen kam in Preußen wie im Reich im Zusammenhang mit dem Londoner Ultimatum Anfang Mai 1921, mit dem Näherrücken der Entscheidung über Oberschlesien und mit der Ermordung von Stegerwalds Fraktionskollegen und schärfstem innerparteilichen Gegner, dem ehemaligen Reichsfinanzminister Matthias Erzberger am 16. August 1921. An den Verhandlungen im Reich war Stegerwald nur indirekt beteiligt, als nach der Festlegung der Reparationen durch die Alliierten auf 132 Milliarden Goldmark und dem »Londoner Ultimatum« die Reichsregierung unter dem Zentrumspolitiker Constantin Fehrenbach am 4. Mai zurücktrat. Da die von Stegerwald favorisierte große Koalition nicht zustande kam, weil die DVP

40 Typoskript »Die Regierungsbildung in Preußen«, BAK NL Herold 11; Robert JANSEN, *Die Regierungsbildung in Preußen*, Berlin [1921]; Ernst HEILMANN, *Adam Stegerwalds Todsünde*, Stuttgart 1921. Zur Regierungsbildung H. HÖMIG (wie Anm. 33), S. 92–103; H. MÖLLER (wie Anm. 33), S. 339–348.

41 *Vorwärts* Nr. 184, 20. April 1921.

42 Konrad HAENISCH, *Die »entpolitisierte« Regierung*, in: *Vorwärts* Nr. 323, 12. Juli 1921.

43 *SBerPrLt Bd. 1*, Sp. 631–636, 688–693; *SBerPrLt Bd. 2*, Sp. 1585f., 1638–1643.

das Ultimatum ablehnte, dessen Erfüllung aber für das Zentrum außer Frage stand, drängte er in seiner Fraktion zunächst, den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer zum Reichskanzler zu berufen, dem er am ehesten zutraute, die Brücke zur DVP zu schlagen und damit den Weg für die große Koalition im Reich offen zu halten. Während Stegerwald damit kein Erfolg beschieden war, gelang es ihm zumindest, den neuen Reichskanzler, seinen badischen Fraktionskollegen Joseph Wirth, der selbst ein grundsätzlicher Gegner der DVP war und ein Kabinett der Weimarer Koalition bildete, nach der Ermordung Erzbergers im August 1921 von der Notwendigkeit der großen Koalition zu überzeugen, um die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für die Erbringung der Reparationslasten zu schaffen. Im Gegenzug versprach Stegerwald Wirth, nun in direkte Verhandlungen mit der SPD in Preußen zu treten, was allerdings zunächst erneut in eine Sackgasse führte, da Stegerwald die USPD nicht an den Gesprächen beteiligen wollte, die SPD ohne sie aber nicht mit der DVP verhandeln wollte. Auf der Grundlage dieser Absprachen, über die Stegerwald den Reichspräsidenten Ebert auf dem Laufenden hielt, sagte er dem Reichskanzler seine volle Unterstützung zu, obwohl beide für verschiedene Flügel innerhalb des Zentrums standen. Außerdem stellte Stegerwald in der Zentrumsfraktion des Reichstags klar, dass bei der Bildung der großen Koalition im Reich ausschließlich der von den Alliierten respektierte Wirth als Kanzler in Frage komme.⁴⁴ Als die SPD sich auf ihrem Görlitzer Parteitag vom 17. bis 24. September grundsätzlich mit der Bildung eines Bündnisses mit der DVP einverstanden erklärte, waren die Ausgangspositionen für die große Koalition besser denn je.⁴⁵

44 Stegerwald an Joos am 22. September 1921, ACDP 01-206-018/8; A. STEGERWALD, *Rezialpolitik oder Stimmungspolitik?*, in: DD, 11. September 1921; DERS., *Keine Legendenbildung*, in: *Germania* Nr. 642/643, 9. Dezember 1922; DERS., *Aus meinem Leben* (wie Anm. 27) S. 16; Sitzungen am 27. September und 19. Oktober 1921, in: *Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925*, bearb. v. Rudolf MORSEY und Karsten RUPPERT (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, A 33), Mainz 1981, S. 242–245, 267–272; Gotthard JASPER, *Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930*, Tübingen 1963, S. 40; Carl SEVERING, *Mein Lebensweg*, Köln 1950, Bd. 2, S. 332; Hugo STEHKÄMPER, *Konrad Adenauer und das Reichskanzleramt während der Weimarer Republik*, in: DERS. (Hg.), *Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag*, Köln 1976, S. 405–431.

45 Diesen Stimmungsumschwung verbuchte Stegerwald als seinen persönlichen Erfolg, wie er am 27. September in der Zentrumsfraktion des Reichstags erläuterte: Demnach hätten die englischen Trade Unions, mit denen Stegerwald seit dem Kaiserreich in Verbindung stand, an die SPD appelliert, ihren Widerstand gegen ihn aufzugeben, was schließlich den Stimmungsumschwung der SPD in Görlitz ermöglicht habe. *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 242–245; Stegerwald an Francisco Mühlenkamp am 8. Oktober 1921, NL Stegerwald ACDP 01-206-018/8. Zum Görlitzer Parteitag H. A. WINKLER, *Von der Revolution zur Stabilisierung* (wie Anm. 6), S. 434–454. Vgl. R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5), S. 409ff.

Bei den daraufhin eingeleiteten, parallelen Verhandlungen im Reich wie in Preußen spielte Stegerwald eine wichtige Rolle. Am 28. September einigten sich die potenziellen Koalitionspartner im Reich auf eine Verhandlungsbasis, worüber Stegerwald sofort informiert wurde.⁴⁶ Daraufhin ergriff er selbst die Initiative in Preußen. Am 30. September erläuterte er den dortigen Vertretern des Zentrums, der SPD, der DDP und der DVP die zu klärenden Fragen: Sanierung des Haushalts, Demokratisierung der Verwaltung, Ausgleich zwischen Preußen und dem Haus Hohenzollern, Besetzung der Ministerien. Ein wahrscheinlich großes Hindernis gegen die große Koalition bei der SPD räumte er von vornherein mit der Feststellung aus, er selbst habe kein Interesse am Ministerpräsidentenposten, da er das öffentliche Leben vom DGB aus stärker beeinflussen könne als von einem politischen Amt aus. Daraufhin verzichtete die Zentrumsfraktion überhaupt auf das Amt des Kabinettschefs und beanspruchte nur mehr das Wohlfahrts- und das Justizministerium wie bereits in den vorangegangenen, von der SPD geführten Kabinetten. Auf dieser Grundlage einigten sich die Parteien rasch auf die Einleitung von offiziellen Koalitionsverhandlungen, die am 12. Oktober begannen.⁴⁷ Die Verhandlungen in Preußen standen auch dieses Mal unter dem Vorbehalt der Oberschlesienfrage, wovon Stegerwald auch seine weiteren Schritte abhängig machte.⁴⁸ Bereits Anfang Oktober war durchgesickert, der Völkerbundsrat werde Oberschlesien entgegen dem Abstimmungsergebnis vom März, das den Verbleib der Provinz bei Preußen vorsah, aufteilen und das Industrieviertel Polen zuschlagen. Damit geriet freilich Reichskanzler Wirth in Erklärungsnot, der mit dem Argument, nur durch die Annahme des Londoner Ultimatums sei der ungeteilte Verbleib Oberschlesiens beim Reich garantiert, das Schicksal seiner Regierung an den Schiedsspruch des Völkerbunds geknüpft hatte. Als sich die Gerüchte über die bevorstehende Teilung Oberschlesiens verdichteten und damit die Forderung nach dem Rücktritt Wirths immer lauter wurde, riet auch Stegerwald dem Kanzler sein Amt niederzulegen, plädierte aber dafür, Wirth in diesem Fall neuerlich an die Spitze der Regierung zu berufen, nun aber in einer großen Koalition. Dies tat er auch, als am 22. Oktober der Völkerbundsrat die Teilung Oberschlesiens bekannt gab.⁴⁹ Letztlich kam die große Koalition aber auch

46 Die Übereinkunft in: *Akten der Reichskanzlei: Die Kabinette Wirth I/III*, bearb. v. Ingrid SCHULZE-BIDLINGSMAIER, 2 Bde., Boppard 1973, S. 292. Vgl. die Besprechung der Parteiführer mit Wirth am 3. Oktober 1921, EBD. S. 297–302.

47 Typoskript »Die Bildung der großen Koalition in Preußen, November 1921«, BAK NL Herold 11; DD, 7. Oktober 1921; C. SEVERING (wie Anm. 44), S. 334f.

48 Stegerwald am 15. Oktober 1921 beim Kongress des DNHV in Berlin, DD, 18. Oktober 1921.

49 Stegerwald bei der Sitzung der Reichsregierung am 12. Oktober 1921, *Akten der Reichskanzlei Wirth* (wie Anm. 46), S. 314; Fraktionssitzungen vom 19., 22. und 23. Oktober 1921, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 267–272, 277ff.; R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923*

dieses Mal im Reich nicht zustande, da die DVP und die DDP die Mitarbeit an einer Durchführungskommission für das Votum des Völkerbunds ablehnten. Das Argument von Hugo Preuß, der Rücktritt Wirths stärke den Zentrumsflügel um Stegerwald und damit den außenpolitisch unkalkulierbaren »Bürgerblock« aus Zentrum, DVP und DNVP,⁵⁰ hielt die DDP von ihrer Entscheidung nicht ab – abgesehen davon, dass diese Behauptung angesichts von Stegerwalds Eintreten für die Regierungsbeteiligung der SPD und seiner Aussöhnung mit Wirth haltlos war. Da Wirth als einziger Kandidat das Vertrauen Eberts genoss, blieb trotz heftiger Debatten in der Reichstagsfraktion des Zentrums kein anderer Ausweg als die am 25. Oktober gebildete schwarz-rote Koalition von Zentrum und SPD unter dem bisherigen Kanzler.⁵¹ Damit war das Ziel Stegerwalds, gleichzeitig die große Koalition im Reich und in Preußen auf den Weg zu bringen, gescheitert. Als Ideal hielt er an ihr aber weiterhin fest.⁵²

Nun gingen die Koalitionsgespräche in Preußen in ihre entscheidende Phase. Am 27. Oktober wurde Stegerwald von dem SPD-Abgeordneten Wilhelm Siering aufgefordert, die Bedingungen für die große Koalition in Preußen zu schaffen, wenig später erklärte er öffentlich, die Einbeziehung der SPD sei sowohl »ein Gebot politischen Anstandes als auch der Staatsnotwendigkeiten«. Die SPD beanspruchte jetzt nur mehr zwei Ministerien, darunter das Innenressort für Carl Severing, und erklärte sich gegebenenfalls sogar mit Stegerwald als Ministerpräsidenten einverstanden.⁵³ Nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion im Preußischen Landtag, Felix Porsch, ging Stegerwald auf die Wünsche der SPD ein und bot ihr das Innen- und das Wohlfahrtsministerium an. Dies schwächte jedoch die Position der DDP, die bislang mit Alexander Dominicus den Innenminister gestellt hatte, dem Stegerwald den Rücktritt nicht selbst nahe legen wollte. Auf Vermittlung Eberts beschloss die DDP daraufhin am 31. Oktober, Dominicus zurückzuziehen, beanspruchte aber das Kultusministerium, was Stegerwald mit Rücksicht auf die kulturpolitischen Be-

(wie Anm. 5), S. 413ff.; Heinrich KÜPPERS, *Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik* (Historische Mitteilungen, Beiheft 27), Stuttgart 1997, S. 132ff.; Ulrike HÖRSTER-PHILIPPS, *Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 82), Paderborn 1998, S. 142ff.

50 Preuß am 13. Oktober 1921 bei einer Sitzung der Führungsgremien der DDP, *Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933*, bearb. v. Lothar ALBERTIN und Konstanze WEGNER (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, III/5), Düsseldorf 1980, S. 209.

51 Fraktionssitzung vom 25. Oktober 1921, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 283–287. Zur Demission Wirths und zur Regierungsbildung vgl. U. HÖRSTER-PHILIPPS (wie Anm. 49) S. 144ff., H. KÜPPERS (wie Anm. 49), S. 132ff.; R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5), S. 418–423.

52 Interview Stegerwalds, in: DD, 29. Oktober 1921.

53 EBD. (Zitat); *Große Koalition* (wie Anm. 47), BAK NL Herold 11.

denken seiner Partei nicht zugestand. Als daraufhin die DDP am 1. November aus der Regierung austrat, war Stegerwald endgültig zum Rücktritt gezwungen.⁵⁴ Wie in der preußischen Verfassung vorgesehen, führte das Kabinett seine Geschäfte vorerst weiter. Dass Stegerwald aber auch darüber hinaus im Amt bleiben würde, war zunächst nicht ausgeschlossen, da die Zentrumsfraktion an ihm festhielt und auch die DVP sich für ihn als Ministerpräsidenten »aus der Mitte« aussprach. Die SPD dagegen wollte schließlich doch nicht gleichzeitig in die Große Koalition eintreten und auf den Ministerpräsidenten verzichten. Als daraufhin Stegerwald bekräftigte, die große Koalition dürfe nicht an Personalien scheitern, nahm das Zentrum von seiner Nominierung Abstand.⁵⁵ Damit war das Ende des Kabinetts Stegerwald, »das nicht leben und schwer sterben konnte« (O. Braun),⁵⁶ besiegelt und der Weg für die große Koalition geebnet, zu deren Ministerpräsident der Landtag am 5. November erneut Otto Braun wählte. Das Zentrum versuchte Stegerwald noch zu bewegen, das Volkswohlfahrtsministerium weiterzuführen, und auch Braun glaubte trotz erheblicher persönlicher Ressentiments, auf den anerkannten Sozialpolitiker nicht verzichten zu können, zumal er ihn als ausgleichenden Pol zwischen den widerstrebenden Flügeln der Koalition gerne im Amt gehalten hätte.⁵⁷ Stegerwald ging darauf jedoch nicht ein, um sich wieder ganz den Christlichen Gewerkschaften und dem DGB zu widmen. Sein Nachfolger als Wohlfahrtsminister wurde der Sekretär des Christlichen Metallarbeiterverbands, Heinrich Hirtsiefer.⁵⁸

Nach seinem Rückzug aus der preußischen Landespolitik hielt Stegerwald im Vorfeld der internationalen Konferenzen von Cannes (Anfang Januar 1922) und Genua (Mai 1922) an der großen Koalition fest, ohne aber bei der SPD und bei Reichskanzler Wirth Widerhall zu finden.⁵⁹ Bestärkt von den innen-

54 EBD.; KV Nr. 794, 2. November 1921; C. SEVERING (wie Anm. 44), S. 334f.; Herbert STEGEMANN, *Wie man nicht regieren soll*, in: DD, 3. November 1921; Interview Stegerwalds, in: DD, 4. November 1921. Der Präsident des Landtags, Robert Leinert, gab den Rücktritt am 3. November bekannt, SberPrLt Bd. 3, Sp. 4134f.

55 *Große Koalition* (wie Anm. 47), BAK NL Herold 11; DD, 13. November 1921.

56 Otto BRAUN, *Von Weimar zu Hitler*, Hildesheim 1979, S. 108.

57 *Große Koalition* (wie Anm. 47), BAK NL Herold 11; DD, 13. November 1921. Zur Regierungsbildung in Preußen vgl. Thomas ALEXANDER, *Carl Severing – ein Demokrat und Sozialist in Weimar*, 2 Teile, Frankfurt/M. 1996, S. 639–649; H. HÖMIG (wie Anm. 33), S. 108–111; H. MÖLLER (wie Anm. 33), S. 352–356; Hagen SCHULZE, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt/M. 1977, S. 347ff.; Joachim STANG, *Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 101), Düsseldorf 1994, S. 273ff.

58 A. STEGERWALD, *Mein Rücktritt*, in: DD, 8. November 1921. Vgl. Carl Herold am 5. November 1921 im Preußischen Landtag, SberPrLt Bd. 3, Sp. 4158.

59 Stegerwald bei einer Rede Anfang Dezember 1921 in Essen, DD, 6. Dezember 1921; am 15. Februar 1922 in der Zentrumsfraktion des Reichstags, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 316; A. STEGERWALD, *Das Essener Programm*, in: *Germania* Nr. 217, 1. April 1922;

politischen Turbulenzen nach der Ermordung von Außenminister Walther Rathenau am 24. Juni 1922 durch die rechtsextremistische »Organisation Consul«, versuchte er im Sommer 1922 erneut die Erweiterung der bestehenden Weimarer Koalition um DVP und BVP und erklärte sich unter dieser Voraussetzung sogar mit der von der SPD geforderten Einbeziehung der USDP einverstanden.⁶⁰ Das Zentrum und die DDP ergriffen am 6. Juli die Initiative und überzeugten die DVP von der notwendigen Zusammenarbeit auf der Grundlage der in der republikanischen Reichsverfassung fixierten Prinzipien. Als die SPD am 10. Juli jedoch wegen grundsätzlicher Bedenken ein Bündnis mit der DVP ausschloss, waren diese Übereinkommen bereits wieder Makulatur. Als Antwort auf die Bildung der daraufhin gegründeten »Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen« von SPD und USPD vom 14. Juli 1922⁶¹ verhandelte Stegerwald an der Spitze einer Zentrumsdelegation ab dem 17. Juli mit der DDP und der DVP über die zwei Tage später gebildete »Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte«, die eine enge Abstimmung der bürgerlichen Fraktionen bei unangetasteter Selbstständigkeit bezweckte, ohne eine Fühlungnahme zur SDP/USPD unmöglich zu machen. So sollte sie auf der Grundlage einer prinzipiellen Übereinstimmung über die resolute Verteidigung der Republik gegenüber dem Radikalismus, über die Revision des Versailler Vertrags und in Fragen der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik als Brücke zwischen SPD und DVP fungieren und damit die große Koalition vorbereiten. Auf Vermittlung Stegerwalds trat im Herbst 1922 auch die BVP der Arbeitsgemeinschaft bei, wobei ihm seine engen Verbindungen zu den christlichen Arbeitern der bayerischen Schwesterpartei des Zentrums zugute kamen.⁶² Als das Kabinett Wirth im Herbst 1922 wegen der fortgesetzten innenpolitischen Radikalisierung, der galoppierenden Inflation und der immer deutlicheren Differenzen mit den Alliierten über die Erbringung der Reparationen massiv unter Druck geriet, startete Stegerwald einen neuer-

Erinnerungsbericht von Wilhelm Marx (nach 1939), Historisches Archiv der Stadt Köln (HASTK) NL Marx 53.

60 Fraktionssitzung vom 5. Juli 1922, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 379.

61 R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5), S. 462–465; Ernst Rudolf HUBER, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 7: *Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik*, Stuttgart 1984, S. 259f.; Ernst LAUBACH, *Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22*, Lübeck 1968, S. 245.

62 A. STEGERWALD, *Zusammenbruch* (wie Anm. 31), S. 2; Rede Stegerwalds Ende August bei der Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbands in Fulda, ZBL, 4. September 1922, sowie bei einer Zentrumskundgebung am 12. September in Friedenau, *Germania* Nr. 494, 13. September 1922. Vgl. L. E. JONES (wie Anm. 28), S. 27. Zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft vgl. den Erinnerungsbericht von Wilhelm Marx (nach 1939) HASTK NL Marx 53; G. JASPER (wie Anm. 44), S. 85f.; E. LAUBACH (wie Anm. 61), S. 294; E. R. HUBER, Bd. 7 (wie Anm. 61), S. 259f., 266ff. Zu den Christlichen Gewerkschaften Bayerns vgl. Sedlmayr an Kaiser am 3. August 1922, BAK NL Kaiser 250.

lichen Versuch, die große Koalition zu verwirklichen, mit der sich auch Wirth einverstanden erklärte, um durch die Einbeziehung der DVP mit ihrem Rückhalt bei den Industrieverbänden seine Position gegenüber den Alliierten zu stärken.⁶³ Wie Wirth befürchtet hatte, zeitigten die Verhandlungen jedoch erneut kein Ergebnis, als die SPD mit der USPD fusionierte und der Schwerindustrielle Hugo Stinnes namens der DVP am 24. September die Wiedereinführung des Zehnsturentags, ein Streikverbot in lebenswichtigen Industrien und massive Subventionen für die Unternehmen als Grundlage des Regierungsprogramms forderte und damit für die SPD unüberwindliche Hürden aufbaute. Wirth, der mittlerweile auf die große Koalition festgelegt war, blieb schließlich nur der Rücktritt am 14. November übrig, wofür er später Stegerwald wegen seines Drängens auf die große Koalition heftige Vorwürfe machte.⁶⁴

Das am 22. November 1922 gebildete Minderheitenkabinett aus Zentrum, DDP, DVP und BVP unter dem ehemaligen Hapag-Lloyd-Generaldirektor Wilhelm Cuno, der erst nach dem Kapp-Putsch von der DVP zum Zentrum übergetreten war, betrachtete Stegerwald allenfalls als eine vorübergehende Notlösung. Daher riet er seiner Fraktion, die Unterstützung der Regierung von deren Erfolgen abhängig zu machen.⁶⁵ Dass das Zentrum Cuno wegen dessen Lavierens im Verlauf des »Ruhrkampfes« im Frühjahr und Sommer 1923 und wegen dessen Untätigkeit gegenüber der Inflation und der Wirtschaftskrise das Vertrauen entzog, war auf diesem Hintergrund ebenso wenig verwunderlich wie Stegerwalds neuerliches Drängen auf die große Koalition nach dem Rücktritt des völlig isolierten Cuno am 12. August 1923. Die Voraussetzungen dafür waren in der Tat günstig, vor allem wegen der weitgehenden Einigkeit der Parteien und Wirtschaftsverbände über den »passiven Widerstand« gegen die französische Besatzungsmacht im Ruhrgebiet, der nur durch die – wenn auch kurzzeitige – Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie durch den Schulterchluss der Gewerkschaftsverbände vor Ort möglich wurde. Obwohl durchaus Differenzen bestanden, wie weit die Bereitschaft

63 Stegerwald in der Fraktionssitzung vom 13. November 1922, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 404; Wirth an Brüning am 5. Februar 1929, BAK NL Wirth 213 (CD-ROM) Bl. 53–57.

64 EBD.; Wirth an Kaiser am 23. Dezember 1935, BAK NL Wirth 430 (CD-ROM) Bl. 2–6; Briefwechsel zwischen Wirth und Braun von 1941, *Rückblick auf Weimar. Ein Briefwechsel zwischen Otto Braun und Joseph Wirth im Exil*. Dokumentation von Hagen SCHULZE, in: VfZ 26 (1978), S. 176ff., 181–184. Zum Rücktritt Wirths E. LAUBACH (wie Anm. 61), S. 293ff. Diese auch in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe wurden von Wirth und dem Zentrum aber zunächst dementiert; KV Nr. 874, 15. November 1922; *Germania* Nr. 602/603, 15. November 1922.

65 Fraktionssitzung vom 20. November 1922, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 417f. Zur Regierungsbildung R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5) S. 489ff., 499f.; E. R. HUBER, Bd. 7 (wie Anm. 61), S. 272f.

zum Widerstand gehen und wann bzw. in welcher Form der Ruhrkampf beendet werden solle, fanden auch die Spitzenverbände der organisierten Arbeiterschaft erstmals seit dem Kapp-Putsch wieder zu gemeinsamen Initiativen zusammen, vor allem hinsichtlich der Bekämpfung der Inflation und der damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen für die sozial Schwachen.⁶⁶ Stegerwald sah hierin einen Ansatz für die Verwirklichung der Volksgemeinschaft und hoffte, die von außen erzwungene Einigkeit nach dem Ende der Besetzung aufrecht erhalten zu können. Den Arbeitern als den im Ruhrkampf bewährten »Trägern des deutschen Staatsgedankens« sollte bei der Schaffung eines »wahrhaft freien, nationalen und sozialen Staates« die entscheidende Rolle zukommen.⁶⁷ Bei den Koalitionsverhandlungen nach dem Rücktritt Cunos vertrat Stegerwald das Zentrum gemeinsam mit dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Marx und seinem Fraktionskollegen Theodor von Guérard.⁶⁸ Mit dem bereits am 13. August gebildeten Kabinett unter dem DVP-Politiker Gustav Stresemann war das seit 1920 von Stegerwald verfolgte Ziel, die große Koalition im Reich und in Preußen, verwirklicht. Von der neuen Regierung mit ihrer zumindest theoretisch breiten Legitimationsbasis erwartete Stegerwald die entschiedene Bekämpfung der Inflation, die Sicherung der Ernährungslage, eine Neuregelung der Reparationen, eine durchgreifende Steuerreform und schließlich eine Verwaltungsreform – und damit nichts weniger als die umfassende Sanierung des gesamten Staatswesens. Gegenüber dem bereits allenthalben geäußerten Ruf nach einem mit umfassenden Kompetenzen ausgestatteten Diktator rief er zur vorbehaltlosen Unterstützung des verfassungsmäßigen Kabinetts auf.⁶⁹

Stegerwalds Abrücken von der großen Koalition Ende 1923

Bei seinem Einsatz für die große Koalition wusste Stegerwald die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften und des DGB hinter sich. Umso erstaunlicher war, dass er nur wenige Wochen nach der Bil-

66 W. L. PATCH (wie Anm. 6), S. 76–81; Heinrich POTTHOFF, *Freie Gewerkschaften 1918–1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1987, S. 271f.; H. RODER (wie Anm. 6), S. 338–346, Michael RUCK, *Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923*, Köln 1986, S. 55–60, 181–198; M. SCHNEIDER (wie Anm. 6), S. 522ff.

67 A. STEGERWALD, *Ostern 1923*, in: DD, 1. April 1923; DERS., *Fragen der Stunde*, in: DD, 20. Mai 1923; sein Vortrag am 2. Juni 1923 in Dessau, DD, 6. Juni 1923.

68 Fraktionssitzung vom 15. August 1923, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 473; Stegerwald an Marx am 8. Februar 1925, HASTK NL Marx 67. Zur Regierungsbildung und Stegerwalds Rolle dabei vgl. R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5) S. 516f.; E. R. HUBER, Bd. 7 (wie Anm. 61), S. 302–307, 331–334; H. POTTHOFF (wie Anm. 66), S. 294f.

69 Bei einer Rede am 20. August 1923 in Berlin, KV Nr. 604, 21. August 1923.

dung des Kabinetts Stresemann dem Drängen einer Minderheit innerhalb der DGB-Spitze um den Vorsitzenden des Christlichen Landarbeiterversbands, des DNVP-Reichstagsabgeordneten Franz Behrens, und den zur DVP gehörenden Vorsitzenden des Christlichen Eisenbahnerverbands, Wilhelm Gutsche, nachgab und sich für den Bruch der großen Koalition einsetzte. Behrens und Gutsche hatten sich angesichts der fortgesetzten Wirtschafts- und Staatskrise Ende September 1923 mit den DNVP-Politikern Oskar Hergt und Kuno Graf Westarp darauf verständigt, mit Unterstützung des DGB die SPD aus der Regierung zu drängen und auf die Berufung des Reichwehrgenerals Hans von Seeckt an die Spitze eines mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Kabinetts hinzuwirken, in dem Stegerwald das Arbeitsministerium übernehmen sollte. Stegerwald war bereits mehrfach seit der Revolution von Vertretern der extremen Rechten umworben worden, hatte bislang aber immer mit dem Hinweis auf die mit einem Abrücken von der Weimarer Verfassung absehbare Eskalation derartigen Überlegungen eine klare Absage erteilt.⁷⁰ Auch als Behrens ihn bei einer DGB-Ausschusstagung am 27. September 1923 in Berlin in seine Machenschaften einweihte, hielt er im Einklang mit der Mehrheit der aus dem Westen des Reiches stammenden, dem Zentrum zuzurechnenden Ausschussmitglieder an der Einbeziehung der SPD in die Regierungsverantwortung fest und lehnte eine Initiative des DGB gegen das regierende Kabinett ab.⁷¹ Als am 3. Oktober die große Koalition wegen Auseinandersetzungen über die von der DVP heftig geforderte, von der SPD aber strikt abgelehnte Einbeziehung der Arbeitszeitfrage in ein im Prinzip bei allen Parteien unumstrit-

70 So im Mai 1919, als der Jungsolidarier Eduard Stadler nach dem Bekanntwerden der alliierten Friedensbedingungen versuchte, die Unterstützung Stegerwalds für einen vom Freikorps Lüttwitz ausgehenden Umsturz im Reich zu gewinnen. Nach den Planungen des Majors Walther von Lüttwitz sollte Stegerwald im Juni 1919 gemeinsam mit Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) und dem preußischen Innenminister Wolfgang Heine (SPD) ein Regierungs-»Triumvirat« bilden. Auch Wolfgang Kapp hatte bei seinem Putsch im März 1920 erwogen, Stegerwald als Verbindungsmann zur Arbeiterbewegung in sein »Putschkabinett« aufzunehmen. Zu den Umsturzplänen Stadlers: Stadler an M. Spahn am 27. Juli 1919, BAK NL Spahn 3; Eduard STADTLER, *Als Antibolschewist*, Düsseldorf 1935, S. 164–169; *Verfassungsgrundlagen und Hochverrat. Beiträge zur Geschichte des neuen Deutschlands. Nach stenographischen Verhandlungsberichten und amtlichen Urkunden des Jagow-Prozesses*, bearb. v. Karl BRAMMER, Berlin 1922, S. 73. Zum Kapp-Putsch: Kapp an Jagow am 31. Januar 1922, in: Erwin KÖNNEMANN/Gerhard SCHULZE (Hg.), *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente*, München 2002, S. 571f.

71 A. STEGERWALD, *Wahrheit und Klarheit*, in: DD, 9. Oktober 1923; *Germania* Nr. 273, 2. Oktober 1923; »Ein Nachwort zur Ausschusssitzung des DGB«, in: ZBL, 22. Oktober 1923. Zur Nennung Stegerwalds als Arbeitsminister vgl. *Germania* Nr. 275, 4. Oktober 1923; *Vorwärts* Nr. 466, 5. Oktober 1923; Tagebuchaufzeichnung von Generalleutnant Lieber, in: *Akten der Reichskanzlei: Die Kabinette Stresemann I/II* (2 Bde.), bearb. v. Karl Dietrich ERDMANN und Martin VOGT, Boppard 1973, S. 1190f.; Günter ARNS, *Die Krise des Weimarer Parlamentarismus im Frühherbst 1923*, in: *Der Staat* 8 (1969), S. 181–216.

tenes, zeitlich begrenztes Ermächtigungsgesetz zerbrach, schwenkte Stegerwald jedoch auf die Haltung von Behrens und Gutsche ein.⁷² Der Grund für diesen Gesinnungswandel war weniger eine ideologische Affinität zu den Frondeuren um Seeckt als vielmehr Stegerwalds Überzeugung von der Notwendigkeit eines grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Kurswechsels, der den Arbeitern erhebliche Zumutungen beschert hätte und den er daher der SPD nicht zutraute: Als Dreh- und Angelpunkt der Währungssanierung und der Wirtschaftsbelebung nach dem Abbruch des Ruhrkampfes am 26. September sah Stegerwald eine Erhöhung der Produktivität und damit eine Verlängerung der Arbeitszeit im Ruhrbergbau. Da die SPD nicht nur die Maximalforderung der DVP nach einer weitgehenden Freigabe der Arbeitszeit im Bergbau ablehnte, sondern auch einen Kompromissvorschlag von Arbeitsminister Heinrich Brauns, der Arbeitszeitverlängerungen im Bergbau prinzipiell ermöglichte, aber nur nach Maßgabe der mit der jeweiligen Tätigkeit verbundenen gesundheitlichen Belastung, setzte sich Stegerwald nun für das Ende der Koalition mit der SPD ein.⁷³ Provozierte Stegerwald schon damit erhebliche Widerstände in den eigenen Reihen, so stellte er sich mit einem Artikel in der DGB-Zeitung »Der Deutsche« vom 3. Oktober noch weiter ins Abseits, in dem er angesichts der fortwährenden Regierungskrisen seit 1919 und des enormen Handlungsbedarfs in der Innen- und Wirtschaftspolitik dafür plädierte, ein »kleines, homogenes Kabinett« solle bis zu einer allgemeinen innen- und außenpolitischen Beruhigung, die er erst nach einigen Jahren erwartete, auf der Grundlage eines allgemeinen Ermächtigungsgesetzes regieren. Der Reichstag sollte bis dahin nur mehr zu vereinzelt, kurzen Sessionen zusammentreten, ansonsten aber die Regierung gewähren lassen.⁷⁴ Als Stresemann am 6. Oktober erneut zum Reichskanzler einer großen Koalition berufen wurde und die Parteien vereinbarten, wie von der SPD gefordert, die umstrittene Arbeitszeitfrage aus dem am 13. Oktober vom Reichstag beschlossenen Ermächtigungsgesetz auszuklammern, war Stegerwald nicht nur bei der SPD restlos diskreditiert.⁷⁵ Auch in seiner eigenen Fraktion und bei den Christlichen Gewerkschaften hatte seine bislang unangefochtene Stellung wegen

72 EBD. S. 186–192; Uwe OLTSMANN, *Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns in der Staats- und Währungskrise 1923/24. Die Bedeutung der Sozialpolitik für die Inflation, den Ruhrkampf und die Stabilisierung*, Kiel 1968, S. 194–213.

73 Stegerwald in den Fraktionssitzungen vom 2. bis 5. Oktober 1923, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 482–490; A. STEGERWALD, *Zur Regierungskrise*, in: DD, 7. Oktober 1923; Rede in Frankfurt/Main am 21. Oktober 1923, DD, 25. Oktober 1923; KV Nr. 719, 3. Oktober 1923; Erinnerungsbericht von Wilhelm Marx (1939), HASTK NL Marx 54.

74 A. STEGERWALD, *Handeln statt Reden!*, in: DD, 3. Oktober 1923. Vgl. Kaiser an Sedlmayr am 22. Februar 1924, BAK NL Kaiser 250; A. STEGERWALD, *Märchen*, in: KV Nr. 251, 3. April 1924.

75 *Vorwärts* Nr. 233, 4. Oktober 1923.

seines Werbens für eine »legale Diktatur« erhebliche Blessuren davongetragen.⁷⁶

Bereits hier hatte sich gezeigt, dass Stegerwalds Rückbindung in den Christlichen Gewerkschaften und im DGB einerseits die Voraussetzung für seine politische Tätigkeit war, andererseits aber auch seine Gestaltungsspielräume erheblich einengte. Dies wurde nur wenige Wochen später in aller Schärfe deutlich, als er nach dem Rücktritt Stresemanns am 23. November selbst möglicher Kanzlerkandidat genannt wurde.⁷⁷ Da nach dem endgültigen Scheitern der großen Koalition eine Mehrheitsregierung nur unter Einschluss der DNVP möglich war, der Wunsch kandidat des Reichspräsidenten, Wilhelm Marx, wegen grundsätzlicher Bedenken aber ablehnte, erschien Stegerwald kurzzeitig als der geeignete Zentrumspolitiker für die heikle Aufgabe, die schwerindustrielle und noch weitgehend monarchische Partei in ein Kabinett auf der Grundlage der Reichsverfassung einzubinden. Für ihn sprachen tatsächlich gewichtige Gründe, da er über die Christlichen Gewerkschaften und den DGB gute Beziehungen zur DVP und zur DNVP besaß, in der BVP geachtet war und damit zu rechnen war, dass er die Kraft zur Durchsetzung unpopulärer Maßnahmen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gegenüber den Arbeitern besaß. Auch war nicht ausgeschlossen, dass er – abermals über die Arbeiterbewegung – den unterbrochenen Gesprächsfaden mit der SPD letztlich doch wieder anknüpfen könne. Und nicht zuletzt besaß er das Vertrauen des mächtigen Generals Seeckt, der seit dem Hitler-Putsch vom 8./9. November die vollziehende Gewalt im Reich innehatte.⁷⁸

Wilhelm Marx forderte am 24. November bei einer Sitzung des Fraktionsvorstandes Stegerwald erstmals dazu auf, selbst die Regierung zu bilden, was dieser zunächst »entschieden und unwiderruflich« zurückwies.⁷⁹ Auch »Der Deutsche« dementierte die daraufhin bald aufkeimenden Gerüchte um eine Kandidatur des Arbeiterführers – allerdings ebenso heftig wie ergebnis-

76 Fraktionssitzung vom 4. Oktober 1923, *Protokolle* (wie Anm. 44), S. 486f.; Erinnerungsbericht von W. Marx (1939), HASTK NL Marx 54; A. STEGERWALD, *Zur Regierungskrise*, in: DD, 7. Oktober 1923; Stegerwald im Oktober 1924 bei einem Gewerkschaftskongress in Köln, »Öffentliche Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften«, in: ZBL, 27. Oktober 1924; »Ein Nachwort zur Ausschußsitzung des DGB«, in: ZBL, 22. Oktober 1923; A. STEGERWALD, *Märchen*, in: KV Nr. 251, 3. April 1924. Zur Regierungsbildung und zum Ermächtigungsgesetz G. ARNS (wie Anm. 71), S. 191f.; Michael FREHSE, *Ermächtigungsgesetzgebung im Deutschen Reich 1914–1933*, Pfaffenweiler 1985, S. 91–113; E. R. HUBER, Bd. 7 (wie Anm. 61), S. 359ff.

77 EBD. S. 390–431; R. MORSEY, *Zentrumspartei 1917–1923* (wie Anm. 5), S. 545–549.

78 Erinnerungsbericht von W. Marx (1939), HASTK NL Marx 54 (Zitat); Denk an Marx am 30. November 1923, HASTK NL Marx 133; DD, 2. Dezember 1923; Tagebuchaufzeichnung von Generalleutnant Lieber über eine Unterredung mit Seeckt am 24. Oktober 1923, *Akten der Reichskanzlei Stresemann* (wie Anm. 71), S. 1190f.; Hans MEIER-WELCKER, *Seeckt*, Frankfurt/Main 1967, S. 394, 415.

79 Erinnerungsbericht von W. Marx (1939), HASTK NL Marx 54.

los.⁸⁰ Denn nachdem Siegfried von Kardorff (DVP), der parteilose Heinrich Albert und der Oberbürgermeister von Duisburg, Karl Jarres, schon nach ersten Gesprächen wieder aufgegeben hatten, schlugen Vertreter aller bürgerlichen Parteien am 27. November Stegerwald dem Reichspräsidenten als akzeptablen Kandidaten vor, und noch in der Nacht auf den 28. November trug Ebert Stegerwald die Kanzlerwürde an. Stegerwald lehnte zunächst zwar wegen politischer Bedenken und aus gesundheitlichen Gründen ab, erklärte sich nach einer weiteren Bedenkzeit am 28. November aber schließlich »aus vaterländischen Gründen« bereit, zumindest die Möglichkeiten für eine Kabinettsbildung auszuloten. Dabei stellte er klar, dass die große Koalition, die Weimarer Koalition und ein von den Parteien unabhängiges Kabinett für ihn nicht in Frage kämen. Als erstes wandte er sich an die DNVP, da er die von ihr vertretene Landwirtschaft und die Reichswehr als »reale Kraftzentren« in die Verantwortung einbinden wollte. Die prinzipielle Zustimmung der DNVP erhielt er zwar sofort, aber mit ihrer Forderung an das Zentrum, die große Koalition in Preußen aufzukündigen und gleichzeitig mit der Regierungsbildung im Reich dort ebenfalls ein bürgerliches Kabinett zu bilden, verringerte sie bereits zu diesem frühen Zeitpunkt Stegerwalds Spielraum erheblich, was das anschließende Abwinken der übrigen bürgerlichen Parteien nachdrücklich unterstrich.⁸¹ Deren Reaktionen zeigten auch, wie gering der Spielraum für Stegerwald überhaupt war. Schon die Zusage Stresemanns, das Außenministerium weiterführen zu wollen, war lediglich ein Entgegenkommen an Marx, kein Vertrauensbeweis für Stegerwald.⁸² Groß war die Skepsis auch bei der DDP, die Stegerwald das persönliche Format und die fachliche Qualifikation für das hohe Amt absprach und ihm allenfalls wohlwollende Neutralität entgegen bringen wollte.⁸³ Ja selbst in der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums regte sich Widerstand, da sie Stegerwald nicht die große Koalition in Preußen zu opfern gedachte. Zudem wurden hier auch persönliche Ressentiments gegen ihn geäußert, die noch von seinem Intermezzo als Ministerpräsident herrührten. Und schließlich ließen auch durchaus begründete Sorgen vor Konflikten zwischen Stegerwalds Rolle als Gewerkschafter und Parteipolitiker es zwingend scheinen, von seiner Nominierung abzura-

80 DD, 25. November 1923; KV Nr. 865, 28. November 1923.

81 KV Nr. 867, 28. November 1923; Interview Stegerwalds, DD, 1. Dezember 1923; A. STEGERWALD, *Zur Innenpolitik der letzten Jahre*, in: DD, 5. Dezember 1923; *Germania* Nr. 325, 28. November 1923; Aufzeichnung von Wilhelm Marx vom 28. November 1923, HASTK NL Marx 58; Erinnerungsbericht von W. Marx (1933), HASTK NL Marx 57.

82 Stresemann an Marx am 28. November 1923, in: *Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden*, hg. v. Henry BERNHARD, Berlin 1932/33, Bd. 1, S. 247f.

83 Hamm an Gessler am 25. November 1923, in: Otto GESSLER: *Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit*, hg. v. Kurt SENDTNER, Stuttgart 1958, S. 494f.

ten.⁸⁴ Einen vollständigen Vertrauensverlust in der Arbeiterbewegung hätte Stegerwald aber riskiert, wenn er auf die Forderungen eingegangen wäre, die der Großindustrielle Friedrich Minoux, der dem Umkreis von Stinnes und Seeckt angehörte, und Clemens Lammers vom Reichsverband der Deutschen Industrie – beide Zentrumsmitglieder – Stegerwald als Gegenleistung für die Unterstützung durch die Industrieverbände am Abend des 28. November präsentierten: Schwer wog bereits die hier erörterte Zusammenfassung des Arbeits-, des Wirtschafts- und des Ernährungsministeriums unter Führung von Minoux. Schlicht untragbar musste für Stegerwald aber der Gedanke von Lammers sein, die tägliche Arbeitszeit wieder auf bis zu 15 Stunden auszudehnen, was sämtliche bisherigen Errungenschaften der Gewerkschaften in der Arbeitszeitfrage während der Revolution mit einem Schlag zunichte gemacht hätte. Stegerwald blieb nur zu antworten: »Das ist sehr interessant, was Sie mir da erzählt haben, es wäre mir sehr lieb, wenn Sie diese Auseinandersetzungen noch einmal im Beisein meiner Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre in einem Vortrag in der Kaiserallee [am Sitz der Christlichen Gewerkschaften] wiederholen könnten.« Lammers kommentierte die Rücksichtnahme, die Stegerwald notwendigerweise auf die Arbeiterbewegung nehmen musste, später mit den Worten: »In dieser schicksalsschwersten Stunde Deutschlands kam dieser Mann ..., auf den sich hoffnungsvoll die Augen fast ganz Deutschlands richteten, nicht über das Niveau eines Arbeitersekretärs hinaus.«⁸⁵

Nach neuerlichen Verhandlungen mit Stresemann am Vormittag des 29. November musste Stegerwald einsehen, dass er die bürgerlichen Parteien nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen konnte. Als letzte Möglichkeit blieb nun lediglich ein Minderheitenkabinett aus Zentrum, DVP und DDP, dem er im Zeichen der für 1924 anberaumten Reichstagswahlen und angesichts von absehbar drastischen Maßnahmen keinen langen Bestand prophezeite. Als sich Ebert zuletzt weigerte, Stegerwald eine Blankovollmacht für die Reichstagsauflösung an die Hand zu geben, keine Aussicht auf die Mehrheit für ein allgemeines Ermächtigungsgesetz für ihn im Reichstag bestand, er aber nicht auf der Grundlage des »zweifelhaften« Art. 48 der Reichsverfassung regieren wollte, sofern er dafür überhaupt Eberts Unterschrift erhalten hätte, musste er seine Sondierungen als gescheitert betrachten. Dem Reichspräsidenten empfahl er, den als ausgleichend geltenden und allseits geachteten Wilhelm Marx mit der Regierungsbildung zu beauftragen und Stresemann erneut zum Außenminister zu berufen. Bei den anschließenden Koalitionsverhandlungen mit

84 Aufzeichnung von W. Marx über eine Unterredung mit der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags am 29. November 1923 und Schulte an Marx am 30. November 1923, HASTK NL Marx 58. Vgl. VERUS (wie Anm. 31), S. 131f.

85 So die spätere Schilderung bei Hermkes an Dessauer am 10. November 1924, Archiv der Kommission für Zeitgeschichte NL Dessauer 1 Bl. 178–181.

der DVP und der DDP am 29. und 30. November sowie bei der Zusammenstellung der Kabinettsliste machte Stegerwald weiterhin seinen Einfluss geltend.⁸⁶ Der von Marx geführten Koalition sagte Stegerwald aber schon bei einer Besprechung mit dem DNVP-Führer Oscar Hergt am Abend des 29. Oktober keine lange Zukunft voraus, vielmehr herrschte bei dieser Gelegenheit Übereinstimmung, dass bald ein Zusammengehen des Zentrums mit der DNVP nötig sei, um die Schwerindustrie und die Großagrarier für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in die Pflicht zu nehmen. Auf welche Gratwanderung er sich dabei einließ, war ihm bewusst. Denn als ihn Hergt neuerlich ersuchte, er solle sich bei Ebert und Seeckt für das Ende der großen Koalition und die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen einsetzen, um Otto Braun aus dem Amt zu drängen, winkte er mit der Bemerkung ab, er wolle sich mit einem solchen Schritt nicht der Opposition seiner Gewerkschafter aussetzen.⁸⁷

Tatsächlich provozierte Stegerwald erhebliche Widerstände, als er sich 1924 für eine Koalition mit der DNVP einsetzte und versuchte, die Christlichen Gewerkschaften für diesen Richtungswechsel zu gewinnen. Dass es ihm dabei weniger um ideologisch begründete Gemeinsamkeiten mit der DNVP ging als vielmehr darum, diese Partei durch die Teilhabe an der Verantwortung zu domestizieren und in den Weimarer Parlamentarismus zu integrieren, vermochte er seinen Kollegen in den Gewerkschaften und im Zentrum nicht überzeugend zu vermitteln. Die heftigen, auch persönlich gefärbten Angriffe, die deswegen der Bergarbeiterführer Heinrich Imbusch und sein Fraktionskollege Joseph Wirth 1924/25 gegen ihn richteten, waren ein nicht zu leugnendes Anzeichen dafür. Als sowohl die Christlichen Gewerkschaften als auch die Zentrumspartei wegen der mit Stegerwald verbundenen internen Auseinandersetzungen in Mitleidenschaft gerieten, ja bisweilen sogar zu zerbrechen drohten, lenkte Stegerwald ein und besann sich darauf, noch mehr als bisher den Charakter der Gewerkschaften und des Zentrums als Brücke zwischen den Tarifparteien bzw. zwischen den politischen Lagern herauszuarbeiten. Im Fall der Gewerkschaften bedeutete dies eine Rückbesinnung auf die rein tarifpolitischen Aufgaben und eine Wiederannäherung an die Freien Gewerkschaften sowie ein Ringen um die Wiederbelebung der Anfang 1924 untergegangenen Zentralarbeitsgemeinschaft, im Fall der Zentrumspartei eine prononcierte Profilierung als die Mittelpartei der Weimarer Republik schlechthin, die im Inte-

86 Notiz Stresemanns vom 29. November 1923, *Stresemann: Vermächtnis*, Bd. 1 (wie Anm. 82), S. 255; DD, 1. Dezember 1923; Interview Stegerwalds, DD, 1. Dezember 1923; Stegerwald bei einer Wahlkampfreda am 23. März 1924 in Hagen, KV Nr. 225, 24. März 1924; A. STEGERWALD, *Aus meinem Leben* (wie Anm. 27), S. 18; DERS., *Märchen* (wie Anm. 74); Stegerwald an Marx am 3. April 1924, HASTK NL Marx 67. Zur Bildung des Kabinetts Marx vgl. Ulrich von HEHL, *Wilhelm Marx 1863–1946. Eine politische Biographie*, Mainz 1987, S. 252–255; K. RUPPERT (wie Anm. 5), S. 35–39.

87 W. L. PATCH (wie Anm. 6), S. 86f.

resse der Stabilisierung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems zu jeder Koalition auf der Basis der Weimarer Reichsverfassung bereit sein müsse. Beides floss Ende 1928 in Stegerwalds neuerlichem Einsatz für die dann im April 1929 gebildete und im März 1930 zerbrochene große Koalition unter Hermann Müller (SPD) zusammen, wie es in dem eingangs erwähnten Zitat pointiert zum Ausdruck kam. Dass das Zentrum auf der Grundlage des Selbstverständnisses von der ausgleichenden Mitte als die stabilisierende Konstante der Weimarer Republik agieren konnte, ging in entscheidendem Maße auf Stegerwald zurück. Er war zwar keineswegs der Einzige, der dieses Gedankengut in seiner Partei vertrat. Er war aber sicherlich derjenige, der daraus die zwingendsten praktischen Schlussfolgerungen zog.